

Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates am Mittwoch, 29.03.2006, 16.00 Uhr, im Ratssaal des Rathauses, Rathausplatz 1, 52249 Eschweiler

Anwesend vom Stadtrat:

die Damen und Herren Ratsmitglieder

<u>SPD</u> Bündgen, Dickmeis, Gartzen, Gehlen, Heidbüchel, Kämmerling, Kendziora, Koch, Krauthausen, Ladwig, Löhmann, Medic, Noichl, Paul, Rütten, Scholz, Schultheis, Schyns, Weidenhaupt, Weißhaupt, Zimmermann, Zollorsch,	<u>CDU</u> Brief, Casel, Dittrich, Dondorf, Faschinger, Groß, Kamps, Kortz, Krauthausen, Lennartz, Peters, Pohl, Schieren, Schmitz, Stolz, Willms, <u>Anwesend von der Verwaltung:</u> Herr Bgm. Bertram, Herr Beig. Schulze, Herr Beig. Knollmann, Frau Breil, Herr Darius, Herr Fütterer, Herr Gühsgen, Herr Dr. Hartlich, Herr Jopke, Herr Kaeffer, Herr Kamp, Herr Müller, Herr Rehahn, Herr Röhrig, Herr Schreiber, Herr Weidenhaupt, Herr Wipperfürth,	<u>UWG</u> Müller, Olbrich, Spies, Waltermann, <u>GRÜNE</u> Leisten, Pieta, <u>FDP</u> Göbbels, Krieger, Theuer, <u>es fehlte:</u> Bosser, Wagner, <u>entschuldigt:</u> Schürmann, <u>Schriftführer:</u> Frau Baader, Frau Hannen.
--	--	---

Tagesordnung:

A) Öffentlicher Teil

- A 1) Fragestunde für Einwohner
- A 2) Genehmigung einer Niederschrift
- A 3) Wiederwahl von Herrn Beigeordneten Manfred Knollmann zum Beigeordneten und Kämmerer;
Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.03. 2006
VV-Nr. 116/06
- A 4) Haushaltssatzung 2006
 - A 4.1) Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Eschweiler für das Haushaltsjahr 2006 gemäß § 80 Abs. 3 GO NRW
 - A 4.2) Erlass der Haushaltssatzung 2006
VV-Nr. 111/06
 - A 4.3) Finanzplan und Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2005 – 2009
VV-Nr. 037/06
 - A 4.4) Haushaltssicherungskonzept 2005 – 2009;
hier: 1. Fortschreibung
VV-Nr. 098/06
- A 5) Jahresrechnung 2005
VV-Nr. 083/06
- A 6) Bildung von Haushaltsausgaberesten
- Genehmigung einer Dringlichen Entscheidung -
VV-Nr. 049/06
- A 7) Rückzahlung der gewährten Zuwendung der Bezirksregierung Köln gemäß Bescheid vom 16.07.2003 über 185.164,35 € aus dem Jahre 1989 für Straßenbaumaßnahmen zuzüglich Zinsen
VV-Nr. 040/06
- A 8) Satzung der Stadt Eschweiler über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze für das Haushaltsjahr 2006
VV-Nr. 101/06
- A 9) Mitgliedschaft in der Eifel-Touristik Agentur NRW e.V.
VV-Nr. 063/06
- A 10) Beteiligung der Stadt Eschweiler an der EWV Energie- und Wasserversorgung GmbH;
hier: Gründung der regionetz GmbH
VV-Nr. 108/06

- A 11) Wahl von Schiedspersonen für die Schiedsgerichtsbezirke Eschweiler I, Eschweiler VI und Eschweiler VII
VV-Nr. 107/06
- A 12) Ordnungsbehördliche Verordnung für die verkaufsoffenen Sonntage am 02.04.2006 im Rahmen des Frühlingsstadtfestes vom 31.03. – 02.04.2006 und am 10.09.2006 im Rahmen des Handwerkermarktes mit Autoschau vom 08.09.– 10.09.2006
- Genehmigung einer Dringlichen Entscheidung -
VV-Nr. 045/06
- A 13) Resolution zum Erhalt der Autobahnwache Eschweiler;
hier: Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 08.02.2006
VV-Nr. 091/06
- A 14) Bestandssicherung des Kids-Klubs bis zum Jahresende 2006
VV-Nr. 089/06
- A 15) Richtlinie der Stadt Eschweiler über die Energiekostenbeteiligung für die Nutzung städtischer Sportanlagen sowie kreiseigener Sportanlagen im Stadtgebiet
VV-Nr. 349/05
- A 15.1 Richtlinie der Stadt Eschweiler über die Jugendförderung der Eschweiler Sportvereine
VV-Nr. 351/05
- A 16) Richtlinie der Stadt Eschweiler über die Gewährung von Zuschüssen zur Pflege und Unterhaltung von Sportanlagen
VV-Nr. 352/05
- A 17) Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Eschweiler;
hier: Finanzielle Eckwerte
VV-Nr. 078/06
- A 18) Zahlung eines Alterssicherungsbeitrages an Pflegefamilien
VV-Nr. 086/06
- A 19) Resolution zu Kürzungen der Landesregierung NRW im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe;
hier: Antrag der Ratsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 13.02.2006
VV-Nr. 082/06
- A 20) Straßenbenennung bzw. Straßenumbenennung für die Umgehungsstraßen B 264 n und K 23 n im Bereich Weisweiler
VV-Nr. 047/06
- A 21) Empfangsgebäude Hauptbahnhof Eschweiler;
hier: - Festlegung des Stadterneuerungsgebietes
- Maßnahmenplan
VV-Nr. 090/06
- A 21.1 L 11n-Süd: „Ortsumgehung Hastenrath“
VV-Nr. 079/06

A 22) Planungsangelegenheiten

A 22.1) 52. Änderung des Flächennutzungsplans - Fronhoven -;
hier: Ergebnis der öffentlichen Auslegung sowie Beschluss der Flächennutzungsplanänderung

VV-Nr. 318/05

A 22.2) 83. Änderung des Flächennutzungsplanes - Langwahn -;
hier: Ergebnis der öffentlichen Auslegung sowie Beschluss der Flächennutzungsplanänderung

VV-Nr. 019/06

A 22.3) 6. Änderung des Bebauungsplans E 6 - Krankenhaus -;
hier: Ergebnis der öffentlichen Auslegung sowie Satzungsbeschluss

VV-Nr. 021/06

A 22.4) Bebauungsplan E 51, 7. Änderung - Odilienstraße -;
hier: Ergebnis der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss

VV-Nr. 026/06

A 22.5) Bebauungsplan 232 - Am Obergraben -;
hier: Ergebnis der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss

VV-Nr. 077/06

A 22.6) Bebauungsplan 259 - Huppertzbruch -;
hier: Ergebnis der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss

VV-Nr. 075/06

A 22.7) 1. Änderung des BP 245 - Hainbuchenweg -;
hier: Ergebnis der öffentlichen Auslegung sowie Satzungsbeschluss

VV-Nr. 060/06

A 22.8) 2. Änderung des BP 227 - Stadtgarten -;
hier: Ergebnis der öffentlichen Auslegung sowie Satzungsbeschluss

VV-Nr. 051/06

A 23) Anfragen und Mitteilungen

A 23.1) Einrichtung von Ganztags Hauptschulen

VV-Nr. 115/06

B) Nichtöffentlicher Teil

B 1) Prüfungsausschuss gemäß § 22 der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahn des mittleren feuerwehrtechnischen Dienstes im Lande NRW (VAPmD-Feu);

hier: Neukonzeption des Ausschusses

VV-Nr. 081/06

B 2) Vermarktung und Erschließung von Wohnbauflächen

VV-Nr. 052/06

- B 3) a) Gewährung eines Darlehens
 b) Abgabe einer Rangrücktrittserklärung
VV-Nr. 070/06
- B 4) Vergabeangelegenheiten
- B 4.1) Umgestaltung der Kaiser-, Franz- und Bismarckstraße;
 hier: Ausführung von Kanal- und Straßenbauarbeiten
VV-Nr. 118/06
- B 4.2) Umgestaltung der Siedlung Eduard-Mörke-Platz;
 hier: Ausführung von Kanal- und Straßenbauarbeiten
VV-Nr. 119/06
- B 4.3) Abbruch incl. Asbest- und PCB-Entsorgung des Hallen- und Freibades
 in Eschweiler-Weisweiler
VV-Nr. 120/06
- B 5) Neuordnung des Aufgabenbereiches „Tageseinrichtungen für Kinder“;
 hier: Gründung einer Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR)
VV-Nr. 117/06
- B 6) EuRegionale 2008;
 hier: Projektentwicklung „Seetribüne – Seebühne – Se(e)hfenster“
VV-Nr. 054/06
- B 7) Anfragen und Mitteilungen
- B 7.1 Beschlusskontrolle
VV-Nr. 104/06

A) Öffentlicher Teil

Bgm. Bertram eröffnete die Sitzung des Rates um 16.00 Uhr und begrüßte die Ratsmitglieder, die Mitarbeiter der Verwaltung, die Vertreter der Presse sowie die anwesenden Zuhörer.

Er stellte fest, dass die Einladung zur Ratssitzung sowie die Tagesordnung frist- und formgerecht zugegangen seien und die Beschlussfähigkeit des Rates gegeben sei.

Auf Antrag des RM Pieta wies Bgm. Bertram darauf hin, dass für die Dauer der Ratssitzung Rauchverbot im Sitzungssaal gelte.

RM Dittrich beantragte, die vorliegende Tagesordnung im öffentlichen Teil um einen Tagesordnungspunkt „Blaustein-See“ zu erweitern, bei dem generelle Fragen zum Blaustein-See (Nutzungskonzept pp.) erörtert werden sollten, nicht jedoch inhaltliche Fragen zur VV-Nr. 070/06. Diese sollten - wie in der Tagesordnung vorgesehen - unter TOP B 3) im nichtöffentlichen Teil behandelt werden.

RM Gehlen beantragte, entsprechend der Tagesordnung nur den TOP B 3) zum Blaustein-See zu behandeln.

Herr Kamp wies darauf hin, dass die Erweiterung der Tagesordnung gem. § 13 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Rates nur unter der Voraussetzung erfolgen könne, dass es sich um eine Angelegenheit handelt, die von äußerster Dringlichkeit ist und keinen Aufschub duldet. Eine Dringlichkeit sei hier jedoch nicht erkennbar.

Der Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung wurde durch den Rat daraufhin mit 24 Nein-Stimmen (SDP, Grüne) gegen 23 Ja-Stimmen (CDU, UWG, FDP) abgelehnt.

A 1) Fragestunde für Einwohner

Bgm. Bertram gab zur Kenntnis, dass derzeit keine Anfragen vorlägen.

A 2) Genehmigung einer Niederschrift

Die Niederschrift wurde einstimmig genehmigt.

A 3) Wiederwahl von Herrn Beigeordneten Manfred Knollmann zum Beigeordneten und Kämmerer; Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.03. 2006 VV-Nr. 116/06

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf mit 44 Ja-Stimmen (SPD, CDU, Grüne, FDP, Bgm.) bei 4 Gegenstimmen (UWG) mehrheitlich zu:

Aufgrund des § 71 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen – GO NRW – in seiner derzeitigen Fassung wird

Herr Beigeordneter Manfred Knollmann

mit Wirkung vom 01.08.2006 unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit für den Zeitraum von 8 Jahren zum Beigeordneten und Kämmerer wieder gewählt.

Der Vorgenannte wird in die Besoldungsgruppe B 2 eingewiesen und erhält die Dienstbezüge dieser Besoldungsgruppe.

Aufgrund der §§ 5 und 6 der Eingruppierungsverordnung – EingrVO – in ihrer derzeitigen Fassung wird dem Vorgenannten weiterhin eine Aufwandsentschädigung in Höhe von monatlich 81,81 € gewährt.

A 4) Haushaltssatzung 2006

A 4.1) Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Eschweiler für das Haushaltsjahr 2006 gemäß § 80 Abs. 3 GO NRW

Beig. Knollmann gab zur Kenntnis, dass keine Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2006 eingegangen seien.

A 4.2) Erlass der Haushaltssatzung 2006 VV-Nr. 111/06

Vor Beratung über die Verwaltungsvorlage zu TOP A 4.2 hielten die RM Gehlen, Dittrich, Spies, Leisten und Theuer zunächst die Haushaltsreden der einzelnen Ratsfraktionen (Anlagen 1 – 5).

In der Zeit von 16.45 – 16.55 Uhr und von 17.54 – 18.03 Uhr wurde die Sitzung jeweils für eine Sitzungspause unterbrochen.

Im Anschluss an die Haushaltsreden wurden zunächst die in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 22.03.2006 zurückgestellten Anträge zum Haushalt 2006 beraten. Hierzu wurden folgende Beschlüsse gefasst bzw. Erläuterungen gegeben:

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion „Bebauungsplan Auf dem Driesch“

Unter Bezugnahme auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 21.02.2006 auf Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von 100.000,00 € für die Erschließung des Geländes des ehem. Hallen- und Freibades Weisweiler gab Herr Röhrig bekannt, dass im Rahmen der Vermarktung des Geländes Verhandlungen mit Investoren auch mit dem Ziel geführt würden, die Erschließung durch den Investor durchführen zu lassen. Eine Beschlussfassung über den Antrag unterblieb daher.

Antrag des Sozialdienstes kath. Frauen auf Gewährung eines Zuschusses in Höhe von 2.500,00 €

Der Rat verwies den Antrag des Sozialdienstes kath. Frauen vom 16.03.2006 mit 45 Ja-Stimmen (SPD, CDU, Grüne, UWG, Bgm.) bei 3 Enthaltungen (FDP) einstimmig zur Beratung und Beschlussfassung in die Sitzung des Sozial- und Seniorenausschusses am 06.04.2006.

Im Anschluss fasste der Rat mit 25 Ja-Stimmen (SPD, Grüne, Bgm.) bei 23 Gegenstimmen (CDU, UWG, FDP) mehrheitlich folgenden Beschluss:

I.	Haushaltssatzung 2006
----	------------------------------

Aufgrund der §§ 77 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein – Westfalen a.F. in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666 ff.), zuletzt geändert durch Gesetz vom 03. Mai 2005 (GV. NRW. S. 498), beschließt der Rat der Stadt Eschweiler folgende Haushaltssatzung:

§ 1

Der **Haushaltsplan** für das Haushaltsjahr 2006, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Stadt voraussichtlich eingehenden Einnahmen, zu leistenden Ausgaben und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird im

Verwaltungshaushalt	
in der Einnahme auf	115.410.930 €
in der Ausgabe auf	115.562.620 €

Vermögenshaushalt	
in der Einnahme auf	36.776.260 €
in der Ausgabe auf	36.776.260 €

festgesetzt.

§ 2

Der **Gesamtbetrag der Kredite**, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2006 zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögenshaushalt (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen) erforderlich ist, wird auf **6.970.800 €** festgesetzt.

§ 3

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen**, der zur Leistung von Investitionsausgaben und Ausgaben für Investitionsförderungsmaßnahmen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf **4.203.200 €** festgesetzt.

§ 4

Der **Höchstbetrag der Kassenkredite**, die im Haushaltsjahr 2006 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf **32.000.000 €** festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2006 wie folgt festgesetzt:

1.	Grundsteuer	
1.1	für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)	270 v.H.
1.2	für die Grundstücke (Grundsteuer B)	391 v.H.
2.	Gewerbsteuer	430 v.H.

§ 6

Nach dem Haushaltssicherungskonzept ist der Haushaltsausgleich im Jahre 2014 wieder hergestellt. Die im Haushaltssicherungskonzept enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen sind bei der Ausführung des Haushaltsplanes umzusetzen.

§ 7

1. Im Stellenplan sind verschiedene Stellen als „künftig wegfallend“ (kw) bzw. „künftig umzuwandeln“ (ku) ausgewiesen.

Hieraus ergibt sich nachstehende Rechtsfolge:

kw-Vermerk: Die Stelle kommt nach Ausscheiden des Stelleninhabers in Fortfall.

ku-Vermerk: Die Stelle ist nach dem Ausscheiden des Stelleninhabers in eine Planstelle einer niedrigeren Besoldungs- bzw. Entgeltgruppe umzuwandeln.

2. Der Bürgermeister ist ermächtigt, Beamte bei Verleihung eines Amtes mit höherem Endgrundgehalt mit Rückwirkung von höchstens drei Monaten in die höhere Planstelle einzuweisen, soweit sie während dieser Zeit die Obliegenheiten des verliehenen oder eines gleichartigen Amtes tatsächlich wahrgenommen haben und die Planstellen, in die sie eingewiesen werden, besetzbar waren (§ 3 Abs. 1 LBesG).

II.	Haushaltsvermerke
------------	--------------------------

Ergänzend zu den gemäß vorliegendem Haushaltsentwurf 2006 festgelegten Haushaltsvermerken (IV. Haushaltsvermerke) werden nachstehende Haushaltsstellen mit einbezogen

Haushaltsvermerke nach § 17 Abs. 1 in Verbindung mit Abs. 2 Satz 2 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO a.F.)

Vermögenshaushalt

Einnahme		Ausgabe	
2.21000.360100	Zuweisungen vom Bund - Offene Ganztagschule KGS Bohl -	2.21000.935400	Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens (Offene Ganztagschule)
2.21000.360200	Zuweisungen vom Bund - Offene Ganztagschule KGS Kinzweiler -		
2.21000.360300	Zuweisungen vom Bund - Offene Ganztagschule KGS Don-Bonco -	2.21000.935400	Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens (Offene Ganztagschule)
		2.21000.940800	Ausbau der KGS Kinzweiler als Offene Ganztagschule
		2.21000.940900	Ausbau der KGS Don-Bosco als Offene Ganztagschule

**A 4.3) Finanzplan und Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2005 – 2009
VV-Nr. 037/06**

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf mit 25 Ja-Stimmen (SPD, Grüne, Bgm.) bei 23 Gegenstimmen (CDU, UWG, FDP) mehrheitlich zu:

1. Der Finanzplan für den Planungszeitraum 2005 – 2009 wird zur Kenntnis genommen.
2. Das Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2005 – 2009 wird beschlossen.
3. Das Ergebnis der abschließenden Haushaltsberatung ist in die Finanzplanung und das Investitionsprogramm einzuarbeiten.

**A 4.4) Haushaltssicherungskonzept 2005 – 2009;
hier: 1. Fortschreibung
VV-Nr. 098/06**

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf mit 25 Ja-Stimmen (SPD, Grüne, Bgm.) bei 23 Gegenstimmen (CDU, UWG, FDP) mehrheitlich zu:

Die 1. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2005 – 2009 wird beschlossen.

Das Ergebnis der Haushaltsberatung ist in das Haushaltssicherungskonzept einzuarbeiten.

**A 5) Jahresrechnung 2005
VV-Nr. 083/06**

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf einstimmig zu:

Der Stadtrat nimmt davon Kenntnis, dass die Jahresrechnung 2005 fristgerecht aufgestellt und festgestellt worden ist.

Zur Vorbereitung der Abnahme der Jahresrechnung und der Entscheidung über die Entlastung durch den Stadtrat wird nunmehr die Jahresrechnung zur Prüfung an den *Rechnungsprüfungsausschuss* verwiesen, der sich zur Durchführung seiner Arbeiten zunächst des Amtes „Rechnungsprüfung“ bedient.

**A 6) Bildung von Haushaltsausgaberesten
- Genehmigung einer Dringlichen Entscheidung -
VV-Nr. 049/06**

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf mit 25 Ja-Stimmen (SPD, Grüne, Bgm.) bei 23 Gegenstimmen (CDU, UWG, FDP) mehrheitlich zu:

Die am 08.03.2006 vom Haupt- und Finanzausschuss gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW n.F. gefasste dringliche Entscheidung mit dem nachstehenden Wortlaut wird genehmigt.

Aufgrund des § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW in der zurzeit gültigen Fassung entscheidet der Haupt- und Finanzausschuss wie folgt:

Der Bildung der entsprechend beigefügter Auflistung in das Haushaltsjahr 2006 zu übertragenden Haushaltsausgabereste wird zugestimmt.

**A 7) Rückzahlung der gewährten Zuwendung der Bezirksregierung Köln gemäß Bescheid vom 16.07.2003 über 185.164,35 € aus dem Jahre 1989 für Straßenbaumaßnahmen zuzüglich Zinsen
VV-Nr. 040/06**

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf einstimmig zu:

Die am 08.03.2006 vom Haupt- und Finanzausschuss gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW gefasste dringliche Entscheidung mit dem nachstehenden Wortlaut wird genehmigt.

Aufgrund des § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW in der zurzeit gültigen Fassung entscheidet der Haupt- und Finanzausschuss wie folgt:

Die Stadt Eschweiler erstattet der Bezirksregierung Köln die mit Bescheid vom 16.07.2003 angeforderte Zuwendung in Höhe von 185.164,35 € zuzüglich Zinsen in Höhe von 3 % über dem jeweiligen Basiszinssatz nach § 1 EuroEG NRW vom Eintritt der Unwirksamkeit bis zum Tag der Erstattung.

Die Haushaltsmittel werden im Haushalt 2006 bereitgestellt.

Hinsichtlich der konkreten Zinsforderung des Landes NRW wird die Verwaltung zu gegebener Zeit eine weitere Verwaltungsvorlage fertigen, in der auch zum Ergebnis der Prüfung zur Inanspruchnahme der Eigenschadenversicherung Stellung genommen wird.

**A 8) Satzung der Stadt Eschweiler über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze für das Haushaltsjahr 2006
VV-Nr. 101/06**

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf mit 25 Ja-Stimmen (SPD, Grüne, Bgm.) bei 23 Gegenstimmen (CDU, UWG, FDP) mehrheitlich zu:

Aufgrund der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666) in der zurzeit gültigen Fassung in Verbindung mit § 25 des Grundsteuergesetzes vom 07.08.1973 (BGBl. I S. 965) in der zurzeit gültigen Fassung hat der Rat der Stadt Eschweiler in seiner Sitzung am 29.03.2006 folgende Hebesatzsatzung beschlossen:

§ 1

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2006 wie folgt festgesetzt:

1	Grundsteuer	
1.1	für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)	270 v.H.
1.2	für die Grundstücke (Grundsteuer B)	391 v.H.
2	Gewerbsteuer	430 v.H.

§ 2

Diese Satzung tritt am 01. Januar 2006 in Kraft.

**A 9) Mitgliedschaft in der Eifel-Touristik Agentur NRW e.V.
VV-Nr. 063/06**

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf mit 44 Ja-Stimmen (SPD, Grüne, CDU, FDP, Bgm.) bei 4 Gegenstimmen (UWG) mehrheitlich zu:

Dem Antrag auf Mitgliedschaft der Stadt Eschweiler in der Eifel-Touristik Agentur NRW e.V. wird vorbehaltlich der aufsichtsbehördlichen Genehmigung zur Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes zugestimmt.

Zum Vertreter der Stadt Eschweiler in der Mitgliederversammlung der Eifel-Touristik Agentur NRW e.V. wird Herr Dietmar Röhrig bestellt.

**A 10) Beteiligung der Stadt Eschweiler an der EWW Energie- und Wasserversorgung GmbH;
hier: Gründung der regionetz GmbH
VV-Nr. 108/06**

RM Müller bat die Verwaltung um Stellungnahme, ob mit der in der Verwaltungsvorlage beschriebenen Gesellschaftsgründung für die EWW-Kunden eine Preiserhöhung verbunden sei.

Bgm. Bertram erläuterte, dass die Energieversorger aufgrund einer entsprechenden EU-Richtlinie zu der in der Verwaltungsvorlage beschriebenen Trennung der Geschäftsbereiche gehalten seien, was bei den Energieversorgern mit Mehraufwand verbunden sei, aber für den Endverbraucher nicht zwangsläufig eine Preiserhöhung bedeute. Allerdings könne er weder eine geplante Preiserhöhung noch das Gegenteil bestätigen.

Daraufhin stimmte der Stadtrat dem nachstehenden Beschlussentwurf bei 1 Enthaltung (RM Müller) einstimmig zu:

Die Stadt Eschweiler stimmt auf der Grundlage des als Anlage 1 beigefügten Gesellschaftsvertrages der Beteiligung der EWW Energie- und Wasserversorgung GmbH an der regionetz GmbH zu und beauftragt den Vertreter der Stadt Eschweiler in der Gesellschafterversammlung der EWW Energie- und Wasserversorgung GmbH entsprechend zu votieren.

**A 11) Wahl von Schiedspersonen für die Schiedsamsbezirke Eschweiler I, Eschweiler VI und Eschweiler VII
VV-Nr. 107/06**

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf einstimmig zu:

Gemäß § 3 des Gesetzes über das Schiedsamt in den Gemeinden des Landes Nordrhein-Westfalen vom 16.12.1992 (GV NR 1993, S. 32), zuletzt geändert durch Art. 67 des Gesetzes vom 25.09.2001 (GV NRW S. 708) wird

1. Frau Ulrike Sickert
zur **Schiedsperson** für den Schiedsamsbezirk Eschweiler I - Röhe und Teil Innenstadt -
2. Herr Bernhard Breuer
zur **stellvertretenden Schiedsperson** für den Bezirk Eschweiler VI - Dürwiß -
3. Herr Herbert Best
zur **Schiedsperson** für den Bezirk Eschweiler VII - Weisweiler -
4. Frau Angelika Köhler
zur **stellvertretenden Schiedsperson** für den Bezirk Eschweiler VII - Weisweiler -

für die Dauer von 5 Jahren gewählt.

- A 12) Ordnungsbehördliche Verordnung für die verkaufsoffenen Sonntage am 02.04.2006 im Rahmen des Frühlingsstadtfestes vom 31.03. – 02.04.2006 und am 10.09.2006 im Rahmen des Handwerkermarktes mit Autoschau vom 08.09. – 10.09.2006
- Genehmigung einer Dringlichen Entscheidung -
VV-Nr. 045/06**

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf einstimmig zu:

Die am 08.03.2006 vom Haupt- und Finanzausschuss gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW gefasste dringliche Entscheidung mit dem nachstehenden Wortlaut wird genehmigt.

Aufgrund des § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW in der zurzeit gültigen Fassung entscheidet der Haupt- und Finanzausschuss wie folgt:

Der Erlass der Verordnung gem. Anlage 5 über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus Anlass des Frühlingsstadtfestes am 02.04.2006 sowie des Handwerkermarktes mit Autoschau am 10.09.2006 wird beschlossen.

- A 13) Resolution zum Erhalt der Autobahnwache Eschweiler;
hier: Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 08.02.2006
VV-Nr. 091/06**

Nach eingehender Diskussion über die mit dem Antrag der Ratsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 08.02.2006 zugleich vorgelegte Begründung der Resolution fasste der Stadtrat bei 3 Enthaltungen (RM Müller, RM Olbrich, RM Waltermann) einstimmig nachstehenden Beschluss:

„Der Rat der Stadt Eschweiler stimmt dem beigefügten Text der Resolution zum Erhalt der Autobahnwache Eschweiler – ohne den Text der Begründung – zu.

Die Resolution wird dem Innenminister, der Landesregierung sowie den im Landtag vertretenen Fraktionen zugeleitet.“

- A 14) Bestandssicherung des Kids-Klubs bis zum Jahresende 2006
VV-Nr. 089/06**

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf mit 32 Ja-Stimmen (SPD, Grüne, UWG, FDP, Bgm.) bei 16 Gegenstimmen (CDU) mehrheitlich zu:

Der Rat der Stadt Eschweiler beschließt, dem Antrag des Deutschen Kinderschutzbundes, Ortsverband Eschweiler e.V. vom 08.02.2006 in der Form zu entsprechen, dass zur Bestandssicherung der Kids-Klubs bis zum Jahresende 2006 über den derzeitigen Haushaltsansatz hinaus eine Zuschussgewährung von insgesamt 185.000,00 Euro seitens der Stadt erfolgt. Die Höhe des Zuschusses wird nach Maßgabe der nachweislich nicht gedeckten Kosten ermittelt. Die Zuschussgewährung steht insgesamt unter dem Vorbehalt der Nachprüfung durch die Verwaltung.

Der gegenüber dem Haushaltsjahr 2004 zu verzeichnende Mehraufwand wird entsprechend der Auflage des Landrates in der Haushaltsverfügung vom 13.12.2005 durch Einsparungen bei anderen Positionen kompensiert.

**A 15) Richtlinie der Stadt Eschweiler über die Energiekostenbeteiligung für die Nutzung städtischer Sportanlagen sowie kreiseigener Sportanlagen im Stadtgebiet
VV-Nr. 349/05**

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf einstimmig zu:

Die als Anlage 1 beigefügte „Richtlinie der Stadt Eschweiler über die Energiekostenbeteiligung für die Nutzung städtischer Sportanlagen sowie kreiseigener Sportanlagen im Stadtgebiet“ wird mit den im Rahmen der Vorberatung durch den Sportausschuss vorgenommenen Änderungen/Ergänzungen beschlossen.

**A 15.1 Richtlinie der Stadt Eschweiler über die Jugendförderung der Eschweiler Sportvereine
VV-Nr. 351/05**

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf einstimmig zu:

Die als Anlage 1 beigefügte Richtlinie der Stadt Eschweiler über die Jugendförderung der Eschweiler Sportvereine wird beschlossen.

**A 16) Richtlinie der Stadt Eschweiler über die Gewährung von Zuschüssen zur Pflege und Unterhaltung von Sportanlagen
VV-Nr. 352/05**

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf einstimmig zu:

Die als Anlage beigefügte Richtlinie der Stadt Eschweiler über die Gewährung von Zuschüssen zur Pflege und Unterhaltung von Sportanlagen wird mit den im Rahmen der Vorberatung durch den Sportausschuss vorgenommenen Änderungen beschlossen.

**A 17) Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Eschweiler;
hier: Finanzielle Eckwerte
VV-Nr. 078/06**

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf einstimmig zu:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Stadtrat, die im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2006 zu beschließenden, in der Verwaltungsvorlage aufgeführten Haushaltspositionen der Kinder- und Jugendförderung als Grundlage für den fiskalischen Teil des für den Zeitraum 2006 – 2009 zu erstellenden Kinder- und Jugendförderplanes zu betrachten und diesbezüglich einen entsprechenden Beschluss zu fassen.

Im Rahmen der jährlichen Haushaltsplanberatungen ist ggf. eine entsprechende Anpassung an die aktuelle Haushaltssituation unter Einbeziehung der vertraglichen Vereinbarungen mit den freien Trägern vorzunehmen.

**A 18) Zahlung eines Alterssicherungsbeitrages an Pflegefamilien
VV-Nr. 086/06**

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf einstimmig zu:

- a) Die Stadt Eschweiler zahlt pro Pflegefamilie weiterhin einen Alterssicherungsbeitrag in Höhe von monatlich 153,00 €, der sich aus 76,50 € pflichtigem Anteil und aus 76,50 € freiwilliger Leistung zusammensetzt.

Der Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 22.03.2000 auf Zahlung eines Alterssicherungsbeitrages von 153,00 € monatlich als freiwillige Leistung wird insofern aufgehoben.

- b) Bezüglich der Zahlung eines Beitrages zur Alterssicherung an Tagespflegepersonen und zur Unfallversicherung an Pflegefamilien und Tagespflegepersonen wird die Anwendung der gesetzlichen Regelungen zur Kenntnis gegeben.

**A 19) Resolution zu Kürzungen der Landesregierung NRW im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe;
hier: Antrag der Ratsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 13.02.2006
VV-Nr. 082/06**

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf mit 26 Ja-Stimmen (SPD, Grüne, RM Olbrich, Bgm.) bei 21 Gegenstimmen (CDU, FDP, RM Spies, RM Müller) und 1 Enthaltung (RM Waltermann) mehrheitlich zu:

Der Rat der Stadt Eschweiler beschließt, die in Anlage 2 zu dieser Vorlage formulierte Resolution zu Kürzungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe der Landesregierung NRW zuzuleiten.

Anschließend fand in der Zeit von 19.09 – 19.28 Uhr eine Sitzungspause statt.

**A 20) Straßenbenennung bzw. Straßenumbenennung für die Umgehungsstraßen B 264 n und K 23 n im Bereich Weisweiler
VV-Nr. 047/06**

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf einstimmig zu:

Der Rat der Stadt Eschweiler beschließt:

1. die B 264 n vom Kreuzungspunkt Dürener Straße bis zur Hühelner Straße in
Kölner Straße
zu benennen,
2. das Teilstück der Hühelner Straße, das künftig Bundesstraße wird, bis zur Einmündung Weißer Weg in
Kölner Straße
umzubenennen und

3. das Verbindungsstück der K 23 – Wenauer Straße – vom Kreisverkehr Hühelner Straße bis zur B 264 n in

Wenauer Straße
zu benennen.

A 21) Empfangsgebäude Hauptbahnhof Eschweiler;
hier: - Festlegung des Stadterneuerungsgebietes
- Maßnahmenplan
VV-Nr. 090/06

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf einstimmig zu:

- I. Der Rat der Stadt Eschweiler beschließt, zur Durchführung der aus dem Rahmenplan „Hauptbahnhof Eschweiler“ entwickelten Maßnahmen das in der Anlage mit Gebietsabgrenzung dargestellte Gebiet der Eschweiler Innenstadt als Stadterneuerungsgebiet festzulegen und als „Stadterneuerungsgebiet Hauptbahnhof/Röthgener Straße“ zu bezeichnen.

Leitziel ist die Steigerung der Lebens- und Standortqualität im Umfeld des Eschweiler Hauptbahnhofs und im Bereich der Röthgener Straße.

- II. Der Rat der Stadt beschließt im Weiteren das aus dem Leitziel entwickelte Maßnahmenprogramm. Auf dieser Grundlage wird ein erstes Konzept erarbeitet, welches die Maßnahmen im Stadterneuerungsgebiet einer zeitlichen Umsetzungspriorität zuordnet:

- Sanierung und Umnutzung des Empfangsgebäudes des Eschweiler Hauptbahnhofs
- Profilierung des Bahnhofsbereiches als „Tor zur Stadt“ sowie städtebauliche und gestalterische Aufwertung des gesamten Umfeldes
- Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes als Adresse Eschweilers unter Einbezug des denkmalgeschützten Bahnhofgebäudes
- Neuordnung des ruhenden Verkehrs
- Ausbau, Aufwertung und Neugestaltung der Röthgener Straße als Bindeglied zur Innenstadt Eschweiler
- Entwicklung untergenutzter Flächen wie Blockinnenbereiche, Baulücken oder auch fehlgenutzter Flächen
- Entwicklung einer fußläufigen und radfreundlichen Verbindung zur Innenstadt und zur Inde
- Erhaltung und Herausarbeiten der historischen Bausubstanz zur Ausbildung einer eigenen Identität des Stadtquartiers

A 21.1 L 11n-Süd: „Ortsumgehung Hastenrath“
VV-Nr. 079/06

Nach eingehender Diskussion erklärte RM Leisten zu Protokoll, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe erhebliche Bedenken gegen Ziffer 2 des in der Sitzung des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses am 23.03.2006 diskutierten Änderungsvorschlags, da eine naturverträgliche Alternative nicht ersichtlich sei.

Auf Antrag des RM Dittrich erfolgte die Beschlussfassung über den o.a. Änderungsvorschlag zu den Einzelpunkten getrennt.

Der Stadtrat fasste daraufhin folgende Beschlüsse:

- 1) Der Stadtrat stimmte folgendem Beschlussvorschlag mit 25 Ja-Stimmen (SPD, Grüne, Bgm.) bei 21 Gegenstimmen (CDU, FDP, RM Müller, RM Olbrich) und 2 Enthaltungen (RM Spies, RM Waltermann) mehrheitlich zu:

„Die Verwaltung wird aufgefordert, dem Landesbetrieb Straßenbau NRW in Aachen mitzuteilen, dass alle Planungen zur hier vorgelegten Trassenführung L 11 n umgehend eingestellt werden sollen.“

- 2) Der Stadtrat stimmte folgendem Beschlussvorschlag mit 46 Ja-Stimmen (SPD, CDU, UWG, FDP, Bgm.) bei 2 Gegenstimmen (Grüne) mehrheitlich zu:

„Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit dem Landesbetrieb Straßenbau NRW eine alternative Trassenführung südlich Hastenrath in Richtung AS Eschweiler-Ost (L 11 n) zu untersuchen.“

- 3) Der Stadtrat stimmte folgendem Beschlussvorschlag einstimmig zu:

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Bürgerinitiative auf den Landesbetrieb Straßenbau NRW einzuwirken, kurzfristig verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Ortsdurchfahrt Hastenrath (L 11) umzusetzen.“

A 22) Planungsangelegenheiten

Bgm. Bertram wies die Ratsmitglieder auf die zu beachtenden Mitwirkungsverbote gemäß § 31 in Verbindung mit § 43 Abs. 2 GO NRW hin.

A 22.1) 52. Änderung des Flächennutzungsplans - Fronhoven -; hier: Ergebnis der öffentlichen Auslegung sowie Beschluss der Flächennutzungsplanänderung VV-Nr. 318/05

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf mit 44 Ja-Stimmen (SPD, Grüne, CDU, FDP, Bgm.) gegen 4 Nein-Stimmen (UWG) mehrheitlich zu:

- I. Die Stellungnahmen der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB werden nach Maßgabe der Verwaltungsvorlage abgewogen (Anlage 1).
- II. Die Stellungnahmen der Behörden gem. § 3 (2) BauGB werden nach Maßgabe der Verwaltungsvorlage abgewogen (Anlage 2).
- III. Die sonstigen öffentlichen und privaten Belange werden entsprechend der Verwaltungsvorlage und der Planbegründung gewürdigt.
- IV. Der Entwurf der 52. Änderung des Flächennutzungsplans – Fronhoven – (Anlage 3) mit Begründung (Anlage 4) wird beschlossen.

A 22.2) 83. Änderung des Flächennutzungsplanes - Langwahn -;
hier: Ergebnis der öffentlichen Auslegung sowie Beschluss der
Flächennutzungsplanänderung

VV-Nr. 019/06

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf mit 47 Ja-Stimmen (SPD, Grüne, CDU, FDP, RM Spies, RM Olbrich, RM Waltermann, Bgm.) bei 1 Gegenstimme (RM Müller) mehrheitlich zu:

- I. Die Stellungnahmen der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 und 2 BauGB werden nach Maßgabe der Verwaltungsvorlage abgewogen (Anlage 1).
- II. Die Stellungnahmen der Behörden gem. § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 1 und 2 BauGB werden nach Maßgabe der Verwaltungsvorlage abgewogen (Anlage 2).
- III. Die 83. Änderung des Flächennutzungsplanes – Langwahn – (Anlage 5) mit Begründung (Anlage 6) wird beschlossen.

A 22.3) 6. Änderung des Bebauungsplans E 6 - Krankenhaus -;
hier: Ergebnis der öffentlichen Auslegung sowie Satzungsbe-
schluss

VV-Nr. 021/06

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf einstimmig zu:

- I. Die Stellungnahmen der Behörden gem. § 3 (2) BauGB sowie § 4 (2) BauGB werden nach Maßgabe der Verwaltungsvorlage abgewogen (Anlage 1).
- II. Die sonstigen öffentlichen und privaten Belange werden entsprechend der Verwaltungsvorlage und der Planbegründung gewürdigt.
- III. Der Bebauungsplan E 6 / 6. Änderung – Krankenhaus – (Anlage 2) wird gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen und die Begründung (Anlage 3) als Abschlussbegründung hierzu.

A 22.4) Bebauungsplan E 51, 7. Änderung - Odilienstraße -;
hier: Ergebnis der öffentlichen Auslegung und Satzungsbe-
schluss

VV-Nr. 026/06

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf einstimmig zu:

- I. Die Stellungnahmen aus der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 3 (2) sowie § 4 (1) BauGB werden nach Maßgabe der Verwaltungsvorlage abgewogen (Anlage 1).
- II. Die sonstigen öffentlichen und privaten Belange werden entsprechend der Verwaltungsvorlage und der Planbegründung gewürdigt.
- III. Der Bebauungsplan E 51, 7. Änderung – Odilienstraße – (Anlage 2) wird gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen und die Begründung (Anlage 3) als Abschlussbegründung hierzu.

A 22.5) Bebauungsplan 232 - Am Obergraben -;
hier: Ergebnis der öffentlichen Auslegung und Satzungs-
schluss
VV-Nr. 077/06

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf einstimmig zu:

- I. Die Anregungen der Bürger gemäß § 3 (2) sowie § 3 (1) BauGB werden nach Maßgabe der Verwaltungsvorlage abgewogen (Anlage 1).
- II. Die Stellungnahmen aus der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 3 (2) sowie § 4 (1) BauGB werden nach Maßgabe der Verwaltungsvorlage abgewogen (Anlage 2).
- III. Die sonstigen öffentlichen und privaten Belange werden entsprechend der Verwaltungsvorlage und der Planbegründung gewürdigt.
- IV. Der Bebauungsplan 232 – Am Obergraben – (Anlage 3) wird gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen und die Begründung (Anlage 4) als Abschlussbegründung hierzu.

RM Paul (SPD) nahm an der Abstimmung unter Hinweis auf § 31 GO NRW nicht teil.

A 22.6) Bebauungsplan 259 - Huppertzbruch -;
hier: Ergebnis der öffentlichen Auslegung und Satzungs-
schluss
VV-Nr. 075/06

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf bei 2 Enthaltungen (Grüne) einstimmig zu:

- I. Die Anregungen der Bürger gemäß § 3 (2) sowie § 3 (1) BauGB werden nach Maßgabe der Verwaltungsvorlage abgewogen (Anlage 1).
- II. Die Stellungnahmen aus der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 3 (2) sowie § 4 (1) BauGB werden nach Maßgabe der Verwaltungsvorlage abgewogen (Anlage 2).
- III. Die sonstigen öffentlichen und privaten Belange werden entsprechend der Verwaltungsvorlage und der Planbegründung gewürdigt.
- IV. Der Bebauungsplan 259 – Huppertzbruch – (Anlage 3) wird gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen und die Begründung (Anlage 4) als Abschlussbegründung hierzu.

A 22.7) 1. Änderung des BP 245 - Hainbuchenweg -;
hier: Ergebnis der öffentlichen Auslegung sowie Satzungs-
schluss
VV-Nr. 060/06

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf mit 25 Ja-Stimmen (SPD, Grüne, Bgm.) bei 23 Gegenstimmen (CDU, UWG, FDP) mehrheitlich zu:

1. Die Anregungen der Bürger werden nach Maßgabe der Verwaltungsvorlage abgewogen (Anlage 1).
2. Die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden nach Maßgabe der Verwaltungsvorlage abgewogen (Anlage 2).
3. Die sonstigen öffentlichen und privaten Belange werden entsprechend der Verwaltungsvorlage und der Planbegründung gewürdigt.
4. Die 1. Änderung des Bebauungsplans 245 – Hainbuchenweg – (Anlage 3) wird gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen und die Begründung (Anlage 4) als Abschlussbegründung hierzu.

A 22.8) 2. Änderung des BP 227 - Stadtgarten -;
hier: Ergebnis der öffentlichen Auslegung sowie Satzungs-
schluss
VV-Nr. 051/06

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschlussentwurf einstimmig zu:

1. Die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden nach Maßgabe der Verwaltungsvorlage abgewogen (Anlage 1).
2. Die sonstigen öffentlichen und privaten Belange werden entsprechend der Verwaltungsvorlage und der Planbegründung gewürdigt.
3. Die 2. Änderung des Bebauungsplans 227 – Stadtgarten – (Anlage 2) wird gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen und die Begründung (Anlage 3) als Abschlussbegründung hierzu.

A 23) Anfragen und Mitteilungen

A 23.1) Einrichtung von Ganztags Hauptschulen
VV-Nr. 115/06

Der Stadtrat nahm die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Weitere Anfragen und Mitteilungen lagen nicht vor. Bgm. Bertram schloss daher den öffentlichen Teil der Sitzung um 20.00 Uhr.

**Leo Gehlen
für das Haushaltsjahr 2006**

(Stand 29.03.2006)

Haushaltsrede des SPD-Fraktionsvorsitzenden

Es gilt das gesprochene Wort!

Freigabe am 29.03.2006 ab 16:00 Uhr

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

wie uns allen hier im Raume bekannt ist, befinden wir uns weiterhin im Haushaltssicherungskonzept, das wir im letzten Jahr aufgelegt haben und welches bis zum Jahr 2009 laufen wird.

Wir gehen davon aus, dass wir dann den erforderlichen Haushaltsausgleich erzielt haben.

Laut unseren derzeit vorliegenden Zahlen ist der Vermögenshaushalt mit ca. 37,17 Millionen Euro ausgeglichen. Beim Verwaltungshaushalt liegen wir bei der Ausgabe in einer Größenordnung von ca. 114,24 Millionen Euro, was ein struktureller Fehlbedarf von ca. 430.000 Euro bedeutet.

Wir versuchen unter Ausschöpfung sämtlicher Ideen und Möglichkeiten aus eigener Kraft Finanzierungs-Optionen zu erbringen.

Dazu gehören die Neustrukturierung des Aufgabenbereiches „Tageseinrichtungen für Kinder“ sowie die Personalsituation im Bereich der Ganztagschule, was im Klartext die Gründung der Anstalt des öffentlichen Rechts bedeutet.

Weiterhin sind wir in ernsten Verhandlungen zwecks Rückführung der Geschäftsanteile der WBE-GmbH von der Firma Schönackers zur Stadt.

Wir sind auch bereit Veräußerung von Anteilen der EWV-Beteiligung beziehungsweise Aktienverkäufe von RWE-Aktien vorzunehmen, um für die folgenden Jahre Handlungssicherheit zu gewährleisten.

Dazu gehört auch, dass wir, obwohl es uns schwer gefallen ist, eine Erhöhung der Grundsteuer B um 10 Punkte in Höhe von 179.000 Euro vornehmen mussten.

Ich gehe davon aus, dass sich einige Fraktions-vorsitzende nach mir zu diesem Thema äußern werden, aber ich sage Ihnen meine Damen und Herren, diese Maßnahme ist aus unserer Sicht eine zumutbare Erhöhung, auch wenn jede Steuererhöhung den Einzelnen trifft und ihm in gewissen Umfang weh tut.

Bei den alljährlichen Haushaltsberatungen ist festzustellen, dass einige Dinge beziehungsweise Angelegenheiten uns von außen aufgezwungen werden.

Dazu zähle ich bevorstehende beziehungsweise anstehende Kürzungen von Landesmitteln und Bundesmitteln, die Erhöhung der Kreisumlage und zum Beispiel den Solidaritätszuschlag.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
ich möchte nun auf einige Punkte speziell eingehen. Hier ist zum Beispiel der Solidaritätszuschlag, offiziell heißt es „Finanzierungsbeteiligung Fonds deutsche Einheit“, die immerhin für die Stadt Eschweiler im Ansatz für 2006 1,454 Millionen beträgt.

Hier darf man und muss man sich die Frage stellen, ob dieser Solidaritätszuschlag jetzt noch zeitgemäß ist.

Ich weiß, dass dieses eine Diskussion ist, die einer Gratwanderung ähnelt. Dennoch ist zu erwähnen, meine Damen und Herren, dass auch bei uns im Westen und hier speziell in Eschweiler eine Arbeitslosigkeit in Höhe von 16,1% im Februar zu beklagen ist.

Zum anderen müssen wir auch hier intensiv investieren, in Schulen Jugendheimen oder auch in Straßen.

Doch hierzu fehlen uns die gesamten notwendigen Mittel und wir können immer nur mit den uns maximal zur Verfügung stehenden Mitteln arbeiten.

Gerade in der heutigen Zeit wo über Kinderlosigkeit in Deutschland gesprochen wird, beziehungsweise die derzeitigen Prognosewerte der Bevölkerungsentwicklung in den neuen Bundesländern dahingehend sind, dass ein Bevölkerungsrückgang von teilweise 15 Prozent und mehr zu erwarten ist, muss ein gewisser Umdenkungsprozess erfolgen und hier muss auch gefragt werden, ob, wenn dieser Trend nicht zu stoppen ist, weiterhin in Infrastrukturen Geld investiert wird, was sich heute schon als Fehlinvestition abzeichnet.

Ich erinnere hier nur an Cochstedt in Sachsen-Anhalt, einer Kommune im Ostharz, wo ab 2007 ein weiterer Flughafen in Betrieb genommen werden soll, obwohl aus heutiger Sicht schon klar ist, dass es keine positiven Ertragsprognosen gibt und in aller nächster Nähe drei große Flughäfen in Leipzig, Dresden, und Erfurt betrieben werden, die aber absolut nicht ausgelastet sind.

Oder an das Beispiel der Stadt Dresden. Hier wurden Millionen Euro Steuergelder in die Renovierung von städt. Wohnungen investiert, die dann an einen amerikanischen Investor veräußert werden.

Der Haushalt der Stadt ist jetzt zwar ausgeglichen aber auf welchem Weg und zu welchem Preis. Ich hoffe, die Mieter werden diesen Preis nicht bezahlen müssen.

Nochmals meine sehr verehrten Damen und Herren, ich stehe zum Zusammenhalt der neuen und alten Bundesländern beziehungsweise zu Gesamtdeutschland, aber in Angesicht der durchaus knappen Kassen muss man sich fragen, ob insgesamt die Investitionspolitik so wie sie zurzeit betrieben wird, noch so weiterverfolgt werden kann.

Weiterhin möchte ich ein alljährlich wiederkommendes Thema ansprechen und zwar die Kreisumlage.

Dieses Thema ist für mich jedes Mal ein Ärgernis, denn uns als kreisangehörige Kommune sind die Hände gebunden. Ich muss wiederum feststellen, dass der Kreis kräftig zulangt, dieses mal ca. 1,2 Millionen Euro mehr von uns abverlangt. Als Gesamtsumme müssen wir als Stadt Eschweiler fast 22,449 Millionen Euro an den Kreis zahlen. Diese 22, 449 Millionen Euro, immerhin 19,65 Prozent unserer Ausgaben im Verwaltungshaushalt, geht an den Kreis Aachen.

Meine Damen und Herrn, eine enorme Summe, und wenn man dann bedenkt und der Presse entnimmt, dass der Kreis - an der Spitze Landrat Carl Meulenbergh - Malwettbewerbe ausschreibt oder Beteiligungen an den Weltreiterspielen tätigen kann, muss man sich fragen, ob dieses - im Rahmen der Städteregion beziehungsweise auf Terrain der Stadt Aachen - so sein muss, da sich fast alle kreisangehörigen Kommunen im HSK bewegen.

Ein weiterer Punkt, den wir so nicht beeinflussen können, sind die zurzeit angekündigten Kürzungen der derzeitigen CDU/FDP-Landesregierung in Düsseldorf.

Hier kann man die große Überschrift des „Wortbruches von Herrn Rüttgers“ setzen.

Meinen Damen und Herren, ob die offene Jugendarbeit in dem uns bekannten Maße zukünftig in Eschweiler noch möglich sein wird, steht aufgrund dieser angedrohten Kürzungen durch die Landesregierung NRW und der Finanzkrise des Bistums im wahrsten Sinne des Wortes in den Sternen.

Von dieser Entscheidung sind die offenen Jugendheime der katholischen und evangelischen Kirche betroffen, aber auch im Kindergartenbereich die Eltern, da hier auch über eine Erhöhung der Elternbeiträge – wie letztlich schon in Aachen vollzogen – nachgedacht werden muss.

Die Kürzungen bedeuten eine durchschnittliche 16% Erhöhung bei den Elternbeiträgen.

Hier meine Damen und Herren, unterstützt die SPD die landesweiten Volksinitiativen mit dem Ziel die Regierung Rüttgers dahingehend zu bewegen, die angedrohten Kürzungen nicht zu vollziehen und das GTK in vollen Umfang - wie auch von CDU und FDP lange Zeit beschlossen und gefordert – umzusetzen.

In diesem Bereich der Kürzung von Landesmitteln droht uns als Kommune aufgrund der finanziellen Situation der katholischen Kirche hier speziell im Bistum Aachen weiterhin Ungemach.

Die von dem Bistum Aachen getroffenen Konsolidierungsmaßnahmen für die Jahre 2005 bis 2007 im Bereich der Tageseinrichtungen für Kinder bedeuten für den Bereich der Stadt Eschweiler für die Jahre 2005 bis 2007 eine Reduzierung von 217.978 Euro, die ab dem Jahre 2007 auch für die nachfolgenden Jahre Bestand hat.

Zurzeit haben wir unser Arrangement beim Kath. Kindergarten St. Barbara Pumpe-Stich, die Übernahme des kath. Kindergartens St. Jöris, sowie Neu-Lohn und beim kath. Kindergarten St. Antonius Bergrath getätigt.

Was uns da ab dem Jahr 2007 alles Weiteres erwartet – und davon ist auszugehen, wird sich zeigen. Ich denke, dass sich die Kirche von weiteren Kindergärten ohne wenn und aber trennen wird. Und dass meine Damen und Herren ist uns ja bekannt. Ich erinnere hier nur an den Kindergarten Schillerstraße in Dürwiß.

Für mich ist es nur sehr verwunderlich, wie kirchliche Einsparungsmaßnahmen weitestgehend so widerspruchsfrei in der Bevölkerung hingenommen werden, wehe dem aber Rat und Verwaltung handelten so, sei es im Jugend- und Sportbereich, dann ist man überrascht, wie die Bevölkerung und die Medien reagieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

an dieser Stelle, denke ich ist es auch richtig, zu sagen, dass wir auch für das Jahr 2006 trotz der angespannten Finanzsituation weiterhin enorme Mittel für den Bereich der Jugendheime freier Träger aufgebracht haben, hier speziell 3 katholische und ein evangelisches Jugendheim.

Immerhin kompensieren wir die gekürzten Landesmittel in Höhe von ca. 13.000 Euro, haben eine Grundfinanzierung von 78.000 Euro, legen aufgrund von zwei zusätzlichen Förderanträgen der Pfarren St. Peter und Paul und St. Marien nochmals 22.000 Euro hinzu, so dass wir allein in diesem Bereich fast 113.000 Euro an Zuschüssen geben. Ich denke, wenn man dann noch zusätzlich den Zuschuss an den Kinderschutzbund für die Arbeit des Kid's Klubs mit 185.000 Euro für das Haushaltsjahr 2006 betrachtet, denke ich, dass wir hier eine enorme freiwillige Leistung aufbringen.

Doch ich sage auch an dieser Stelle sehr kritisch, meine sehr geehrten Damen und Herren, hier müssen für beide Bereiche neue Konzeptionen entwickelt werden, denn auf Dauer ist es für die Stadt unzumutbar 300.000 Euro und mehr jährlich mit steigender Tendenz aufzubringen.

Das bedeutet im Klartext: Konzeptionen für den Bereich der Jugendheime wie bei der Vormittagsbetreuung beziehungsweise auch bei der offenen Ganztagsgrundschule müssen bis Mitte des Jahres mit allen Beteiligten besprochen werden.

Wobei auch in diesem Zusammenhang feststeht, dass wir die Erfolgsgeschichte der Ganztagsgrundschulen in Eschweiler fortschreiben wollen. Mit Beginn des neuen Schuljahres werden zwei weitere Ganztagsgrundschulen ihren Betrieb aufnehmen, weitere Grundschulen haben die Umsetzung des Konzeptes einer Ganztagsgrundschule angekündigt. Wir werden diese Wünsche wohlwollend prüfen.

Aber wir verwenden nicht nur in diesen Bereichen - wie eben vorgebracht - enorme Mittel, sondern auch im Sportbereich.

Wir haben hier positiv festzustellen, dass wir erst kürzlich die Fertigstellung beziehungsweise Übergabe eines neuen Sportheimes an die Verantwortlichen in St. Jöris erleben durften.

Jetzt aktuell läuft die Errichtung des neuen Sportheims in Hastenrath.

Auf unserer seinerzeit besprochenen Prioritätenliste steht Nothberg als nächstes an, wobei festzustellen ist, dass mittlerweile zusätzliche Wünsche seitens der Sportvereine aus Hehlrath und der ESG an uns herangetragen wurden.

Wir werden uns insgesamt mit den entsprechenden Wünschen inhaltlich beschäftigen und ich denke wie gewohnt und auch bisher praktiziert eine vernünftige und einvernehmliche Lösung finden.

Insgesamt ist festzustellen, dass wir aus meiner Sicht und hier darf man ruhig einmal einen Blick außerhalb der Grenzen Eschweilers in benachbarte Kommunen werfen, so wird man feststellen, dass wir im sportlichen Sektor einen insgesamt hohen Standard fahren, sei es im Bereich der Jugendförderung, den geringen Beiträgen bei den Energiekosten oder auch in der Unterhaltung der Sportanlagen.

Die nun beschlossenen Regelungen sind einvernehmlich mit den Vereinen getroffen worden, das zeigt, wenn auch der eine oder andere Beteiligte meint, er sei vielleicht nicht so gut unterm Strich weggekommen, man aber sagen darf: Insgesamt haben alle Vereine an diesem Projekt der Sportförderung gearbeitet und ich darf mich an dieser Stelle bei allen Vereinen recht herzlich für ihre Mitarbeit bedanken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Eschweiler ist eine sehenswerte und lobenswerte Stadt, wo Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit eine wichtige Rolle spielen.

Wir haben aufgrund eines Antrages der CDU-Fraktion im koordinierenden Haupt- und Finanzausschuss am 22.03. - denke ich -, wenn ich eine Wertung vornehmen darf, eine sachliche Diskussion zum Thema Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit sprich auch Vandalismus und Gewaltbereitschaft geführt.

Aufgrund der dort geführten Diskussion bin ich der Meinung dass es richtig ist, als Startsignal die Verwaltung zu beauftragen, den ehrenamtlichen Weg der ehrenamtlichen Präsenz zu gehen, wobei der zweite Weg aus der Diskussion auch einzuschlagen ist, in dem in Kürze eine gemeinsame Sondersitzung des Schul- und Jugendhilfeausschusses sowie des Integrationsrates erfolgen muss, um sich mit dem Thema, Vandalismus, Ordnung und Gewaltbereitschaft zu beschäftigen.

Ich verhehle nicht, dass dieses ein Wegweisendes Thema ist und ich denke, dass wir mit dieser gemeinsamen Sitzung – gespickt mit Fachleuten unterschiedlicher Prägungen wie zum Beispiel Polizei und Jugendhilfe - vielleicht einen Eschweiler Weg finden.

Hier an dieser Stelle sei erwähnt, dass es nicht so ist, als wenn in Eschweiler nichts passiert, denn wir haben an verschiedenen Schulen schon Schulsozialarbeiter und werden jetzt an der Schule für Lernbehinderte eine weitere Schulsozialarbeiterin übernehmen. Wir haben auch in der Jugendarbeit einen mobilen Jugendsozialarbeiter/Streetworker eingesetzt und ich denke, dass mit Sicherheit noch vieles zu tun ist, aber davon auszugehen, dass wir nichts tun, ist zum einen falsch und zum anderen ist es auch nicht gut, Eschweiler schlechter zu reden, als Eschweiler es verdient hat.

Meine Damen und Herren,

um den Faden aufzugreifen wo Eschweiler steht, gehört neben Sicherheit und Ordnung auch die Einkaufsstadt Eschweiler. Ich bin hiermit im Bereich der Stadtentwicklung angelangt. Es ist festzustellen, dass nach einer hervorragenden Neugestaltung der Uferstraße wir im Innenstadtbereich nun in der Graben- und Englerthstraße mit der Neugestaltung der Innenstadt fortfahren.

Wir haben weiterhin die Erneuerung der Bismarck- und Franzstraße geplant und sind zurzeit an der Überdachung der Bushaltestellen am Talbahnhof angelangt, wobei mir die komplette Überdachung momentan recht wichtig erscheint, aber ich denke, wenn sie insgesamt fertig gestellt ist, wird sie gut zum Vorplatzcharakterbild passen.

Ich denke, die Weiterentwicklung der Innenstadt kann sich sehen lassen, aber auch die Außenbezirke werden nicht vernachlässigt. Auch nicht die Straßenbauprojekte, sei es die bevorstehende Vervollständigung der B264n, deren Weiterführung die L11n. Dies sind Projekte, die sich sehen lassen können.

Diese Straßenentwicklungen sind für uns wichtige Elemente damit wir auch weiter hier sagen können: Eschweiler ist in Bewegung.

Neben dieser Entwicklung gehört natürlich auch die Entwicklung des Standortes Langwahn beziehungsweise Auerbachstraße.

Wir werden uns seitens der SPD-Fraktion in den nächsten Tagen nochmals intensiv mit den jeweiligen aktuellen Ständen beschäftigen und dringend notwendige Entscheidungen treffen, denn das was ich an dieser Stelle auch sage, meine Damen und Herren, das ewige hin und her, das Hü und Hott, mit verschiedenen Baustellen innerhalb des Stadtgebietes kann auf Dauer nicht so weiter gehen, denn wir, die Bürgerinnen und Bürger, mögliche Investoren müssen verlässliche, klare Entscheidungen bekommen beziehungsweise haben sie das Recht, sie zu erwarten und ich denke, hier werden wir auch in den nächsten Tagen handeln, das heißt wir werden Nägel mit Köpfen machen.

Dasselbe, meine sehr verehrten Damen und Herren gilt für den kompletten Bereich des Blausteinssees zu dem wir als SPD immer gestanden haben und auch in der Zukunft stehen werden.

Der Blausteinsee ist für die Bürgerinnen und Bürger von Eschweiler ein Erholungsbereich, der aber auch als Naherholungsgebiet für Menschen außerhalb Eschweilers dient. Hier haben wir zwei aktuelle Entscheidungen zu treffen, einmal über die geplante Seebühne und zum anderen über ein dringend notwendiges Seezentrum mit entsprechender Hafenanlage.

Ich verrate Ihnen kein Geheimnis aber ich denke, dass werden alle im Saale so sehen, das wichtigste, vorrangigste, nötigste Projekt ist auf jeden Fall der Bereich des Seezentrums mit entsprechender Restauration und der Möglichkeit der Unterbringung von Vereinen, Organisationen oder auch anderen Geschäftszweigen.

Uns, meine Damen und Herren, fehlt bei den bisherigen Plänen der Seebühne, die ich für ein wichtiges Element für die Attraktivierung des Blausteinssees betrachte, das glaubwürdige wirtschaftliche Betreiberkonzept.

Sicherlich lockt es jeden mit den zugesagten Fördermitteln des Landes ein Projekt zu vollenden aber meine Damen und Herren, was nutzt uns eine Seebühne, die aufgrund ihrer Folgekosten ein Millionengrab für die Stadt wird.

Von Seiten der Koalition werden wir einen alternativen Vorschlag in Punkto Standort und günstigere Gesamtkosten vorlegen.

Uns schwebt unter anderem vor, dass die gesamte Anlage multifunktional genutzt werden kann.

Lassen Sie mich noch zum Schluss, meine sehr verehrten Damen und Herren, nochmals den Bereich des Personals ansprechen.

Wir von der SPD-Fraktion, an dieser Stelle darf ich auch sagen auf Seiten der Koalition, lehnen weitere Kürzungen wie von FDP und CDU geplant bis zu 750.000 Euro im Jahr 2006 ab.

Wir bleiben bei unseren letztjährlich gemachten Beschluss, in dem wir über den HSK-Zeitraum bis zum Jahre 2009 insgesamt 2 Millionen Euro sozialverträglich also ohne betriebsbedingte Kündigungen einsparen wollen. Dazu sind unter anderem

- Widerbesetzungs- und Beförderungssperren von mindestens 12 Monaten
- Abbau/Einschränkung von Überstunden- und Bereitschaftsdiensten
- sowie die Optimierung der Verwaltungsorganisation unverzichtbar.

Sicherlich werden wir im Laufe des Jahres mit dem Bürgermeister über die allgemeine Situation des Personalhaushaltes reden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
an dieser Stelle sei auch ein Wort zu unseren Dezernenten erlaubt.

Wir von Seiten der SPD verzichten bei der Besetzung der Kämmererstelle auf Parteibuchzugehörigkeit.

Wir haben uns für die Wiederwahl von Manfred Knollmann als Kämmerer entschieden und wie wir eben gesehen haben, hat auch der überwiegende Teil der Parteien diese Wahl unterstützt.

Das heißt im Klartext: Wir haben einen direkt gewählten roten Bürgermeister, haben einen liberalen Kämmerer und einen parteilosen Technischen Dezernenten.

Ich bin mir nicht sicher, ob andere, wenn sie in der Situation der derzeitigen Mehrheiten gewesen wären, genau so gehandelt hätten wie wir oder ob es hier eine Parteibuchentscheidung gegeben hätte.

Ich, meine sehr verehrten Damen und Herren, darf mich an dieser Stelle bei der Verwaltungsspitze Herrn Bürgermeister Rudi Bertram, Herrn Manfred Knollmann und Herrn Winfried Schulze für die bisherige Zusammenarbeit bedanken.

Bedanken möchte ich mich auch bei allen anderen Vertretern hier im Rat, insbesondere aber auch bei unserem Koalitionspartner.

Auch wenn es jetzt im Planungs-, Umwelt und Bauausschuss erstmals unterschiedliche Meinungen in der Koalition gab, meine sehr verehrten Damen und Herren in der Opposition, das bedeutet noch lange keine Koalitionskrise.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bertram,
ich bitte Sie im Namen der SPD-Fraktion diesen Dank der Zusammenarbeit an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter zu geben.

Ich für meine Person gehe auch in Zukunft von einer guten Zusammenarbeit aus.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich bedanke für Ihre Aufmerksamkeit. Dankeschön!

Haushaltsrede 2006
des Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Eschweiler

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren,**

**wer die Zukunft im Auge hat, hat in der Gegenwart Erfolg,
wer Erfolg haben will, muss Entscheidungen herbeiführen.**

Bei den kommunalen Haushaltsberatungen aller Orts habe ich den Eindruck gewonnen, dass zukunftsorientierte Vorgaben, Entscheidungen über den besten Weg, machbare Ideen und verlässliche Vorgehensweisen nicht mehr „in,, sind, d.h. man muss feststellen, dass Handlungs- und Gestaltungsspielräume enger werden und teilweise nicht mehr vorhanden sind.

Ohne Moos nichts los, ohne Geld keine Bewegung – doch wie sagt der Volksmund - Geld ist zum Ausgeben da, denn es macht wenig Sinn, später mal der Reichste auf dem Friedhof zu sein.

Diesem Spruch kann ich nichts abgewinnen, denn wir sind verpflichtet, auch in unserer Stadt Eschweiler für eine vernünftige Zukunft zu sorgen.

Wir alle wissen, dass uns die Gemeindeordnung vorschreibt, einen Haushaltsausgleich herzustellen, was jedoch von Jahr zu Jahr schwerer fällt.

Nicht nur in diesem Hause sind ein Haushaltssicherungskonzept, ständig steigende Überbrückungskredite – auch für die laufenden Ausgaben –, weiter wachsende Haushaltsdefizite, Entscheidungsverschiebungen täglicher Alltag.

Dennoch, und dies habe ich im Mai 2005 bereits formuliert, wäre auch für die Zukunft in Eschweiler einiges möglich, wenn man nur will.

Diesen Willen vermisst die CDU-Fraktion seit der letzten Kommunalwahl, denn es ist erschreckend festzustellen, dass die politische Mehrheit in diesem Hause keinerlei Strategie erkennen lässt, wie die Zukunftsgestaltung aussehen kann und aussehen sollte.

Politische Weitsicht, strategische Denkspiele und überzeugende Entscheidungskräfte sind nicht zu erkennen. Die steigende Anzahl von Resolutionspapieren nach dem Motto „form-, frist- und fruchtlos,, hilft über diese Schwächen nicht hinweg.

2005 vorläufige Haushaltswirtschaft – 2006 in die Haushaltssicherung – eine über 16% Arbeitslosigkeit - ein Haushalt auf Kante genäht - sind Fakten, meine Damen und Herren, dies sind Wahrheiten im März des Jahres 2006.

Der Bewertung über die Finanzlagen der Kommune durch den Bund der Steuerzahler NRW kann ich mich anschließen, der nüchtern feststellt, dass Eschweiler einen Haushaltsausgleich auf Dauer nicht schafft, dass in Eschweiler die Personalausgaben vergleichsweise hoch sind, dass Eschweiler nennenswerte Rücklagen fehlen, dass in Eschweiler die Schulden und Ausgaben im Verwaltungshaushalt insgesamt zu umfangreich sind.

Niedrigere Kommunalschulden und geringere Ausgaben im Verwaltungshaushalt führen zu niedrigeren Hebesätzen und führen zum Ziel des Ausgleichs.

Ein niedriger Hebesatz ist und bleibt das wichtigste Ansiedlungskriterium für die mittelständige Wirtschaft.

Hier muss die Botschaft lauten:

**für neue Ansiedlungen verlässliche Anreize schaffen;
der ansässigen heimischen Wirtschaft helfen und
für eine bessere Zukunft im Eschweiler Einzelhandel Sorge tragen.**

Meine Damen und Herren,

die bisher kürzesten Haushaltsberatungen haben gezeigt, dass es im Grundprinzip nichts zu beraten gibt; der vorgelegte Haushaltsentwurf und die Veränderungsliste fanden in diesem Hause eine politische Mehrheit. Alles andere wäre eine Überraschung gewesen.

Lassen Sie mich jedoch einige Dinge für die CDU-Fraktion nennen, die von uns eingebracht und erwartungsgemäß abgelehnt wurden:

Wir haben am letzten Mittwoch erkennen müssen, dass unser inhaltlich gut fundierter Antrag zum Kommunalen Ordnungsdienst in der Bewertung grundsätzliche Zustimmung gefunden hat.

Die aktuelle Problematik, aber auch deren Bewältigung, ist einfach nicht von der Hand zu weisen.

Es ist für uns nicht mehr nachzuvollziehen, dass Dinge, die man erkennt, nicht angegangen werden.

Ich stimme hier ausdrücklich dem Herrn Bürgermeister zu, der feststellte, dass man dann aber auch Geld in die Hand nehmen muss.

Herr Bürgermeister, nehmen Sie Geld in die Hand, gestalten Sie den Korridor der freiwilligen Leistungen im HSK, setzen Sie Prioritäten, sonst werden Sie ihr blaues Wunder erleben.

Sicherheitsgefühl, Vandalismusbekämpfung, Sauberkeit und eine kommunale vernünftige Ordnung gibt es nicht zum Nulltarif. Der Schutz von Hab und Gut, wie dies der Polizeipräsident ausdrückt, wird mit Füßen getreten und wir alle schauen zu.

Der Mut, bei der Pflege partnerschaftlicher Beziehungen ein Zeichen zu setzen, hat die Koalition verlassen. Haben Sie aber auch den Mut, dann zu sagen, dass wir als Kommune nicht in der Lage sind, eigene Initiativen zu ergreifen.

Die VHS hat es vorgemacht, der städtischen Bücherei sollte es auch gelingen, nämlich ihre Unterdeckung auf Euro 200.000,00 festzuschreiben.

Wir haben das Thema „öffentliche Toilette“ weggespült und halten eine solche Ausgabenposition für reine Geldverschwendung.

**Meine Damen und Herren,
unsere Straßen im Stadtgebiet sind eine Katastrophe und bedürfen keiner Kommentierung mehr.**

Was für den Kommunalen Ordnungsdienst gilt, gilt auch für Eschweilers Straßen. Eine ordentliche Straßenunterhaltung hat etwas mit Fürsorgepflicht zu tun.

Die Anhebung dieser Ausgabenposition um Euro 250.000,00 wurde abgelehnt, und somit werden wir leider in Eschweiler weiter mit „Straßenlöchern“ leben müssen.

Vielleicht eine gewollte Verkehrsberuhigung à la stark Grün und schwach Rot?

Oder nach dem Motto – ist der Weg auch falsch – löcherig und steinig – die Hauptsache ist – wir sind uns einig!

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

der Haushalt 2006 und die 1. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes sind von Maßnahmen gekennzeichnet, die teilweise politisch noch nicht beschlossen sind. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass man hier auf Zeit spielt.

Der Politik – also dem Aufsichtsrat der Verwaltung – werden Ankündigungen mitgeteilt, zu Papier gebracht und in einen Fortschreibungskatalog eingebunden,

ohne dass bis zum heutigen Zeitpunkt überhaupt eine Ergebnis erkennbar ist.

Einsparungen bei den Personalkosten, die Überprüfung aller pflichtigen und freiwilligen Ausgaben, die Bewertungen der klassischen Gebührenhaushalte sowie die Konsolidierung der städtischen Beteiligungen sind u.a. die Bausteine, die uns angeblich im HSK-Zeitraum „überleben,, lassen.

Dies glauben wir nicht, weil wir erkennen, dass „Koalition und Verwaltung,, keine Kraft, aber auch keinen Mut haben.

Es kennzeichnet die ganze Situation, wenn man den Antrag der Koalition vom 20. März 2006 liest, die eine Prüfung in Auftrag gibt, inwieweit für die Veräußerung von Anteilen der EWV-Beteiligungen andere Konsolidierungsmaßnahmen möglich sind.

U.a. wird vorgeschlagen, den Verkauf der Straßenbeleuchtung in die Prüfung mit einzubeziehen.

Ich denke, das ist „kalter Kaffee,,- dies wurde bereits geprüft und verwaltungsseitig als negativ dargestellt – dies gehört der Vergangenheit an. Dieser Antrag zeugt von Unsicherheit und lässt Nervosität erahnen.

Meine Ausführungen am heutigen Nachmittag treiben unseren Bürgermeister hoffentlich „ nicht wieder in den Wahnsinn „ – wie er dies in der letzten Woche mit starken Worten artikulierte.

Es ist schon interessant, wie ein Verwaltungschef sich Luft verschafft.

Es ist schon bemerkenswert, wie der Bürgermeister derartige Dinge sieht.

Es stimmt schon nachdenklich, dass der erste Bürger dieser Stadt mehr Präsenz- und Repräsentationstermine als Zukunftsperspektiven aufweisen kann.

Zukunftsperspektiven, Herr Bürgermeister, sind aber wichtig, und wenn Sie am 9. Januar 2006 in der TAZ die Forderung erheben, dass über Schulden ein finanziertes Investitionsprogramm her muss, denn legen Sie dies doch einmal auf den Tisch.

Sie beziffern „öffentlich“ den Sanierungsbedarf an unseren Schulen, Kindergärten und öffentlichen Gebäuden in unserer Stadt mit ca. 50 bis 70 Millionen Euro.

Sie bestätigen, dass durch Investitionen die Arbeitslosenquote von über 16% in Eschweiler gesenkt werden kann.

Bertram weiter: das muss sich ändern. Sparsame Politik allein schafft keine Arbeitsplätze – ich will jetzt investieren – ich will jetzt Substanz erhalten – ich will jetzt Arbeitsplätze schaffen.

Bravo – Herr Bürgermeister – dann tun Sie etwas, dann legen Sie Ihr Konzept einmal auf den Tisch und zeigen Sie diesem Rat einmal Ihre Führungsqualität.

In einigen Haushaltsreden habe ich deutlich gesagt, dass wir uns als Stadt Eschweiler nur selbst helfen können.

Bei einem solchen Kraftakt der Selbsthilfe sind wir als CDU dabei, dann aber auch mit allen Wahrheiten, Klarheiten und vor allen Dingen Konsequenzen.

Meine Damen und Herren,

wir werden uns heute und in den nächsten Wochen mit Projekten beschäftigen, die für unsere Stadt Eschweiler von großer Bedeutung sind.

Ich denke da an notwendige Entscheidungen zum Blausteinsee im Rahmen der Euregionale, an die Entscheidungen zur Auerbachstraße und zum Langwahn, an die gezielte Weiterentwicklung des Hauptbahnhofes.

Gestatten Sie eine Anmerkung zum Blausteinsee:

Dass die Blausteinsee GmbH faktisch pleite ist, ist kein Geheimnis.

Die Handhabe „zinsloses Darlehen,, an die GmbH ist einfach nicht in Ordnung. Die Vorgehensweise verstößt gegen unsere Hauptsatzung und bedarf aus unserer Sicht weiterer Klärungen.

Ich denke, es muss hier Klarheit geschaffen werden, wie die Zukunft dieser GmbH aussieht, und es ist dringend erforderlich, dass dem Rat ein zielorientiertes Konzept vorgelegt wird.

Wir stehen zum Blausteinsee, ein Pfund, was die Stadt Eschweiler besitzt, aber wir müssen für die Weiterentwicklung erkennende Zögerlichkeiten ablegen.

Im Rahmen der Euregionale ist die Stadt Eschweiler bisher auf sehr gutem Wege, aber es müssen Entscheidungen her. Tun wir dies nicht, sind wir draußen. Für die CDU ist der Ansatz „Blausteinsee“ Struktur- und Wirtschaftspolitik, meine Damen und Herren. Lassen wir unser „Pfund“ nicht zum „Gramm“ werden.

Die neue Entwicklung zur Auerbachstraße ist zur Chefsache erklärt worden und die kommenden Wochen werden zeigen, ob der 2005 einstimmig gefasste Beschluss zur Realisierung kommt.

Aus meiner Sicht ist aufgrund der neuen Entwicklung eine neue Situation entstanden. Wir beginnen wieder bei null.

Nur damit dies klar ist, meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion steht zu den gefassten Beschlüssen, d.h. wir wollen die Ansiedlung des Media-Marktes.

In diesem Zusammenhang stelle ich fest, dass der Bürgermeister bisher mein Schreiben vom 14.02.2006 n i c h t beantwortet hat.

Ob die CDU-Fraktion bei der Entscheidung Langwahn bleibt, wird die nächste Fachausschusssitzung zeigen, denn hier muss aus unserer Sicht erheblich nachgebessert werden. Die Vorgaben hierzu sind bekannt.

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren,**

- Erkennen von Problemen – Bedürfnissen – Anliegen;**
- Suche nach Lösungsansätzen;**
- Auswahl alternativer Lösungen;**
- Entscheidungen;**

bestimmen den politischen Handlungsablauf in einer Demokratie, also auch in unserer Stadt Eschweiler.

Diese klare Reihenfolge ist in unserer Stadt Eschweiler nicht erkennbar. Wie gesagt, nur wer die Zukunft im Auge hat, hat in der Gegenwart Erfolg.

Die CDU-Fraktion wird den Haushalt des Jahres 2006 sowie die erste Fortschreibung des HSK nicht mittragen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Eschweiler, den 29.03.2006

**Franz-Josef Dittrich
Fraktionsvorsitzender**

Haushaltsrede der UWG – Fraktion am 29.03.2006

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

in diesem Jahr haben wir sehr kurze Haushaltsberatungen erlebt,
deshalb reicht auch eine kurze Haushaltsrede.

Aber keine Vorfreude, meine Damen und Herren, sie wird lang genug,
um die Fehler und Schwächen dieses Haushalts aufzuzeigen.

Kurze Haushaltsberatungen haben wir nicht deshalb erlebt, weil im
Vorfeld - sozusagen hinter den Kulissen - alles abgeklärt wurde, was es
zu beraten gab, sondern weil das finanzielle Korsett dieser Stadt so eng
geschnürt ist, dass kaum Bewegungsfreiheit verbleibt.

Wir haben in Eschweiler einen Unterhaltungsstau bei Straßen, Wegen
und Plätzen von mind. 40 Mio. € - das ist Ihre Zahl, Herr Bürgermeister.
Für notwendige Instandsetzungsarbeiten werden in diesem Haushalt
sage und schreibe 500.000 € zur Verfügung gestellt.

Dies ist ein 80stel der benötigten Summe. Dazu kommt noch, dass im
Haushaltsjahr 2005 ein Betrag in Höhe von 290.000 € wegen der späten
Genehmigung des Haushalts – die UWG hat's Ihnen vorhergesagt - erst
gar nicht ausgegeben worden ist, sondern als Haushaltsrest in das
Haushaltsjahr 2006 übertragen wurde.

Welche Folgen eine nicht rechtzeitige Instandsetzungsmaßnahme bei Straßen nach sich zieht, können Sie als Autofahrer alle selber beurteilen. Eine nicht unterhaltene Straße können Sie nach einigen Jahren nicht mehr reparieren, sondern müssen Sie ganz erneuern.

Das gleiche Bild zeigt sich bei der Unterhaltung von Gebäuden. Auch hier schieben wir einen Unterhaltsstau von ca. 15 Mio. € vor uns her. Es ist eben nicht damit getan, dass man Schulen mit erheblichen Fördergeldern baut. Man muss diese Objekte auch pflegen und unterhalten. Das Thema fehlender Folgekostenrechnungen hat die UWG oft genug angemahnt.

Da ist es kein Wunder, dass man angesichts des seit Jahren von Ihnen mit ca. 10 Millionen € bezifferten strukturellen Defizits versucht, die Bürger an diesen Kosten immer stärker zu beteiligen. Noch im vergangenen Jahr haben wir von der Koalition aus SPD und Grünen vernommen, dass man von einer Erhöhung der Grundsteuer absehen werde, weil man davon ausgehe, dass die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt genug an Steuern bzw. durch Preissteigerungen, die vor allem durch Energiepreiserhöhungen erfolgt seien, aufbringen müssten.

Originalton des Fraktionssprechers der SPD:

„Deshalb sagen wir aus Überzeugung, dass wir diesen Bereich unangetastet lassen.“

Aber bereits bei der ersten Ratssitzung im Januar 2006 sind Sie der Haushaltsverfügung der Kommunalaufsicht gefolgt und haben entgegen Ihren Versprechen die Grundsteuer erhöht.

Die UWG hatte bereits bei den Haushaltsberatungen 2005 darauf hingewiesen, dass es keinesfalls bindende Auflagen der Kommunalaufsicht gibt, die im so genannten Handlungsrahmen zur Genehmigung von Haushaltssicherungskonzepten die Höhe der Steuersätze vorschreiben.

Das Bundesverwaltungsgericht hat bereits 1993 dargestellt, dass Grund- und Gewerbesteuer generell nicht Gegenstand von Anordnungen der Kommunalaufsicht nach § 120 Gemeindeordnung NRW sein können. Auch der letztjährige Hinweis der Industrie- und Handelskammer, dass keine rechtliche Notwendigkeit besteht, auf diesbezügliche Weisungen der Kommunalaufsicht einzugehen, hat Sie nicht davon abgehalten, nunmehr die Erhöhung zu beschließen.

In Zeitungsinterviews in überregionalen Presseorganen kündigen Sie, Herr Bürgermeister, trotz Beitritt zu den in vielen Punkten bindenden Auflagen der Kommunalaufsicht Millioneninvestitionen an, und am gewöhnlichen Alltagsgeschehen – zu dem u. a. auch die Reparatur des „Trockenbrunnens“ vor dem Rathaus zählt – scheitern sie seit Jahren.

Nach wie vor finanziert auch dieser Haushalt 2006 mit Duldung und auf ausdrückliche Anweisung der Verwaltungsspitze Sanierungsmaßnahmen über den Vermögenshaushalt. Das Rechnungsprüfungsamt weist im öffentlichen Teil seines Jahresberichtes 2004 ausdrücklich darauf hin.

Als Beispiel diene die notwendige Kanalsanierung, die zum Teil mit hohen Millionenbeträgen in den nächsten Jahren anstehen.

Jeder Bürger ist aber schon durch seine Abwassergebühren in der Vergangenheit mit Beträgen für die Verzinsung des eingesetzten Eigenkapitals - und zwar nach dem fiktiven Wiederbeschaffungswert - und kalkulatorischen Abschreibungen belastet worden. Er hat also jährlich den Wertverlust des Kanals und die Rücklage für die Sanierung und Erneuerung mit seiner Gebührenrechnung bezahlt.

Diese Gelder in eine Rücklage zu verbuchen, ist Ihnen angesichts der Begehrlichkeit Ihrer Not leidenden Haushalte erst gar nicht eingefallen.

So soll – nach Ihrem Willen – der Bürger ein zweites Mal – also doppelt

– zur Kasse gebeten werden. Und das auch noch über den Vermögenshaushalt, wo Sie Kreditverpflichtungen bequem auf zukünftige Jahre und Generationen verlagern können.

Damit diese Praktiken im Interesse der gerechten Lastenverteilung und bei Wahrung der entsprechenden Gesetze Ihnen verwehrt werden, dazu hat die UWG die übergeordneten Aufsichtsbehörden eingeschaltet.

Und wir sind optimistisch, dass man dieser Handlungsweise einen Riegel vorschiebt!

Die Frage nach der Rechtmäßigkeit der Bescheide in diesem Gebührenbereich beantwortet sich von selbst.

Wo wir gerade bei den Gebührenbescheiden für die Abwasserbeseitigung sind, Herr Bürgermeister: Auf unsere Veranlassung hin haben etliche Bürger gegen diesen Gebührenbescheid Widerspruch eingelegt.

Die UWG weiß, dass Leistungen der Wirtschaftsbetriebe Eschweiler für die Abwasserbeseitigung rechnerisch einbezogen wurden, obwohl die Rechtsgrundlage durch einen Ratsbeschluss fehlt.

Die UWG hat bereits im Dezember 2005 auf diesen Umstand hingewiesen, ist aber trotz Erinnerung bislang ohne Nachricht aus diesem Haus geblieben.

So kann man nicht mit der UWG umgehen.

Sollten wir auf unsere wiederholte schriftliche Anmahnung nicht bis zum 28.04.2006 Nachricht haben, werden wir Untätigkeitsklage beim Verwaltungsgericht erheben.

Dieses von der unabhängigen Wählergemeinschaft gerügte Verfahren ist umso verwunderlicher, als Ihr Haus, Herr Bürgermeister, ja durchaus in der Lage ist, schnell zu reagieren.

Die eingegangenen Widersprüche gegen die Erhebung der Grundsteuer B bei selbst genutztem Wohnraum wurden nicht nur in der Presse zügig kommentiert, sondern auch zügig bearbeitet.

Nirgendwo in NRW ist man allerdings mit den Bürgern so umgegangen wie in Eschweiler.

Nachbarstädte, die ebenfalls Widersprüche bearbeiten mussten, haben lediglich darauf hingewiesen, dass man eine Entscheidung bis zum Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes zurückstellt und dann die Widerspruchsführer informiert.

Nach diesem kleinen Exkurs wieder zurück zum Haushalt:

Bereits 2004 und ganz besonders 2005 hat die UWG darauf hingewiesen, dass die hier im Haus angewandte Verfahrensweise, Instandsetzungsarbeiten entgegen den offiziellen Zuordnungsvorschriften - wie sie in der Gemeindehaushaltsverordnung festgelegt sind - dem Vermögenshaushalt zuzuordnen, gegen geltendes Recht verstößt. Wir haben Ihnen mit Schreiben vom 21.02.2006 17 Positionen mitgeteilt über einen Gesamtbetrag von 1.665.900,00 €, die unzulässiger Weise im Vermögenshaushalt stehen und daher - nach Ihrer Auslegung, Herr Bürgermeister, - mit Krediten finanziert werden dürfen, obwohl sie in den Verwaltungshaushalt gehören und aus dem laufenden Budget – dem Verwaltungshaushalt - bestritten werden müssen. Da es nicht zum ersten Mal in einem Haushalt der Stadt Eschweiler so gehandhabt wurde, müssten auch die entsprechenden Jahresrechnungen korrigiert werden.

Ist es bei dieser Vorgehensweise dann noch verwunderlich, dass die unabhängige Wählergemeinschaft diese ungeheuerlichen Vorgänge der Kommunalaufsicht zur Kenntnis gebracht hat?

Statt diese falsche Zuordnung zu korrigieren, finden Sie offensichtlich Gefallen daran, im „Veränderungsnachweis Vermögenshaushalt“ an

erster Stelle einen Betrag von 115.000,00 € für Instandsetzungsarbeiten „Bereich Flachdächer“ sowie „Brandschutz Rathaus“ anzuführen.

Es handelt sich dabei wiederum um Instandsetzungsarbeiten, die im Verwaltungshaushalt veranschlagt werden müssen.

Wollen Sie tatsächlich zeigen, dass Sie die besseren Nerven und das bessere Durchhaltevermögen besitzen? Sie schätzen die UWG offensichtlich noch immer falsch ein!

Im Übrigen ist es aber nicht die letzte Position, bei der man versucht hat, ein besonders günstiges Bild der allgemeinen Haushaltslage der Stadt zu zeichnen:

Bereits beim Abschluss des Jahres 2002 wurden die Kassenkredite mit 0 Euro angegeben, obwohl sie bereits einen Betrag von 13,3 Mio. € erreicht hatten.

Ausweislich des Haushaltsentwurfes 2005 wurde der Stand der Kassenkredite zum Ende des Jahres 2003 mit nur 12,8 Millionen € beziffert. Tatsächlich standen aber 15,2 Mio. € zu Buche!

Und wie sieht es in diesem Jahr aus?

Nach einem Saldo von knapp unter 20 Mio. € zum Jahresende 2005 und einer durchschnittlichen Kassenkredithöhe von 17,8 Mio. € - gemäß einer Excel-Tabelle mit den Schuldenständen für jeden Tag des Haushaltsjahres - wollen Sie zum Jahresende 2006 bis auf 15 Mio. € reduzieren. Weshalb – so fragt sich der erstaunte Bürger - wurde dann

die Höchstgrenze für die Aufnahme von Kassenkrediten von 25 Mio. € auf 32 Mio. € erhöht?

Aber inzwischen sind Sie bereits von den harten Fakten eingeholt worden: Schon im Januar 2006 war die Inanspruchnahme der Kassenkredite auf knapp unter die 30 Mio. € Grenze geklettert.

Ist diese permanente Falschdarstellung Teil Ihrer Strategie, von der tatsächlichen Finanzsituation der Stadt Eschweiler abzulenken?

So erstaunt es auch nicht, dass auf Seite 39 des diesjährigen Haushaltsentwurfes der Stand der Kassenkredite von Ihnen, Herr Bürgermeister und Herr Kämmerer Knollmann, lediglich mit 7 Mio. € wiederum falsch beziffert wird. Richtig wären 19,7 Mio. € gewesen! Eine unglaubliche Differenz von exakt 12,7 Mio. €!

Will man etwa so gegenüber der Kommunalaufsicht die Finanzsituation der Stadt um fast 13 Mio. € verbessert darstellen?

Diese Aufsichtsbehörde hat mit Verfügung vom 20.01.06 den Bürgermeister aufgefordert, bis zum 15.02.06 Stellung zu nehmen, zu den auch von der UWG und dem Rechnungsprüfungsamt der Stadt Eschweiler gerügten Verstößen bei den Zuordnungsvorschriften. Erst auf Erinnerung vom 20.02.06 wurde der Kommunalaufsicht am 21.02.06 ein Bericht der Stadt Eschweiler vorgelegt. Dieser reicht allerdings - wer hätte anderes erwartet - nicht aus, die Beschlussfassung des Rechnungsprüfungsausschusses sowie des Rates der Stadt Eschweiler zu erklären.

Sie alle wissen, was diese zurückhaltende Formulierung bedeutet.

Der Landrat hat daher die Stadt Eschweiler mit Verfügung vom 07.03.06 aufgefordert, kurzfristig zum Bericht des Rechnungsprüfungsamtes Stellung zu nehmen. Diesen Bericht haben Sie bisher dem Rat vorenthalten. Wenn man die eben geschilderten Umstände berücksichtigt, weiß man auch weshalb.

Aus den dargelegten Gründen können wir dem heute vorgelegten Zahlenwerk nicht zustimmen.

Die UWG geht davon aus, dass die Kommunalaufsicht - am Gesetz orientiert - eine Korrektur sowohl der Jahresrechnungen 2004, 2005 sowie eine Neuordnung bei der Zuordnung anordnen wird, die zu einer wesentlichen Verschlechterung des Haushalts 2006 führen wird.

Im Jahre 2005 wurden aufgrund der späten Genehmigung des Haushaltes insgesamt beschlossene Investitionen in der Größenordnung von über 11 Mio. € nicht durchgeführt, aber die Ansätze als so genannte Haushaltsausgabenreste in das Haushaltsjahr 2006 übertragen.

Das hat zur Folge, dass das Haushaltsjahr 2005 mit diesen 11 Mio. € belastet werden muss.

Diese von der UWG noch in der letzten Ratssitzung massiv vertretene Auffassung wurde durch den Referenten anlässlich der Vorstellung des ab 2007 auch in Eschweiler einzuführenden NKF – Neues Kommunales Finanzmanagement - auf Nachfrage bestätigt und ist auf der Seite 35 des den Teilnehmern überreichten Handbuches nachzulesen.

Damit trifft aber die von der UWG veröffentlichte „Pro Kopf-Verschuldung“ von 2.678,00 € pro Einwohner zu.

Sie ist nahezu gleich hoch wie 1994, nur mit einem gravierenden Unterschied, den Sie wissentlich und permanent verschweigen:

Das von Ihnen mit ca. 10 Millionen € eingeschätzte jährliche Defizit hat in jedem Jahr gleich hohen Vermögensverzehr notwendig gemacht!

Dies ist die zweite Seite der von Ihnen in der Öffentlichkeit vertretenen einseitigen Bilanz!

Die finanzielle Situation der Stadt hat sich seit den Jahren der „Großen Koalition“ keinesfalls verbessert. Inzwischen sind bedeutende Schuldenbeträge in städtische Schattenhaushalte ausgelagert worden, um kurzfristige Finanzmittel dem Verwaltungshaushalt zuzuführen.

Ich habe vor wenigen Augenblicken darauf hingewiesen, dass die Kassenkredite laufend steigen. Was soll man dann davon halten, wenn auf Seite 2 des Vorberichtes zum Haushaltsplan einfach behauptet wird „im Jahre 2004 betrug der Schuldenabbau 2.671 Mio. €“?

Sie alle können diese Frage selbst beantworten:

Das bedeutet nichts anderes, als dass die Stadt Eschweiler langfristige Kredite mit Kontokorrentkrediten bedient. Aber auf diese Weise, meine Damen und Herren, kann man keine Schulden abbauen.

Die UWG hatte bereits im vergangenen Jahr darauf aufmerksam gemacht, dass Beratungen über Einzelhaushalte nur dann Sinn machen, wenn man sicher sein kann, einen genehmigungsfähigen Haushalt zu verabschieden.

Zur Genehmigung des Haushaltes gehört nach § 75 Abs. 4 Gemeindeordnung der Nachweis, binnen 4 Jahren den Haushaltsausgleich wiederherzustellen. Unter Ziffer 2 der „unter Bedingungen mit Auflagen und Hinweisen“ am 13.12.2005 von der Kommunalaufsicht erteilten Genehmigung heißt es wörtlich:

„Nach dem HSK ist der Haushaltsausgleich im Jahre 2008 wieder hergestellt. Dem Konzept ist aber zu entnehmen, dass der Haushaltsausgleich frühestens in 2012 erreicht werden kann“.

Also auch die Kommunalaufsicht folgt insofern den optimistischen Vorhaben im Haushaltssicherungskonzept nicht.

Im Übrigen halten wir ebenso wie die Kommunalaufsicht die vier „Eckpfeiler“ des Haushaltssicherungskonzeptes für zu wenig standfest, als dass man mit den dort eingeplanten Einsparungen tatsächlich im Jahre 2006 rechnen kann.

Folgerichtig wird die Kommunalaufsicht es bei diesem Haushalt 2006 nicht nur bei Absichtserklärungen belassen können, sondern wird die Genehmigung des Haushaltes davon abhängig machen müssen, dass die avisierten Maßnahmen konkret und kurzfristig umgesetzt werden.

Bei der beabsichtigten Veränderung „Neustrukturierung im Aufgabenbereich Tageseinrichtungen für Kinder“ sowie der „Personalsituation im Bereich der Ganztagschulen“ kann bis heute noch niemand sagen, wie hoch der von der Stadt jährlich abzudeckende Fehlbetrag sein wird und wie hoch das den städtischen Haushalt belastet.

Den größten – und unverzichtbaren – Batzen an Sanierung erwartet man aus der vertraglichen Auflösung der Kooperation mit der Firma Schönackers Umweltdienste GmbH & Co. KG und der Stadt Eschweiler bei den Wirtschaftsbetrieben Eschweiler GmbH.

Wie realistisch die erhofften Millionenbeträge ab 2006 eingeplant werden können, mag Ihnen durch ein Zitat verdeutlicht werden aus dem Entwurf der Haushaltssatzung 2006:

„Derzeit in Ansätzen diskutierte Überlegungen hinsichtlich einer Beendigung des Engagements der Schönackers-Gruppe haben sich noch nicht in einer Weise konkretisiert, dass daraus Aussagen über mögliche Einflüsse auf die weitere mittel- und langfristige Entwicklung der WBE getroffen werden könnten.“

Datum des Haushaltsentwurfes : 3. Februar 2006!

Angesichts der aufgeführten berechtigten Einwände gegen das vorliegende Zahlenwerk kann – und das wird wohl keinen klar Denkenden verwundern – die UWG dem Gesamtplan nicht zustimmen.

Gleichwohl haben wir in den Ausschussberatungen deutlich zum Ausdruck gebracht, dass wir insbesondere in den Bereichen Schule und Kinderbetreuung vieles mittragen wollen und werden und haben mit eigenen Anträgen positive Anregungen verbunden.

Die UWG hat sich eingesetzt für die Ausweitung der Ganztagsbetreuung in weiteren Grundschulen und erstmals auch in Hauptschulen.

Die Einrichtung eines Montessori-Kindergartens, der mit relativ geringem finanziellem Aufwand gestartet werden kann, wurde ebenfalls von uns unterstützt. Wir werden bei den heutigen Beratungen erleben, wie die rot-grüne Mehrheit mit diesen Vorschlägen umgeht.

Hier werden wir das Argument der knappen Kasse vorgehalten bekommen, obwohl sie selbst bei Anträgen, die den Haushalt verschlechtern, keinerlei Vorschläge unterbreitet hat, wie sie finanziert werden sollen.

Auf der anderen Seite verwundert die Leichtigkeit, wie in diesem Hause nach wie vor mit Geld umgegangen wird.

Der Kämmerer hat bereits im Januar unter Missachtung seiner Verfügungsmöglichkeiten der Freizeitzentrum Blausteinsee GmbH ein zinsloses Darlehen über 200.000 € gewährt.

Mangels Konzept wird diese GmbH nach jetzigem Kenntnisstand nicht in der Lage sein, weder dieses Darlehen zurückzuzahlen, noch auf jährliche Zuwendungen in mindestens gleicher Höhe verzichten zu

können. Der entsprechende Haushaltsansatz fehlt für dieses Jahr, insofern ist der Haushalt fehlerhaft.

Wie übrigens auch für die Verzinsung einer Rückzahlung von Fördergeldern an das Land NRW, die unnötigerweise über viele Jahre hinausgezögert wurde. Wir müssen dem Land jetzt rückwirkend für 10 Jahre Zinsen bezahlen. Die 120.000 € anfallenden Zinsen haben Sie nicht im Haushalt aufgeführt.

Der Ansatz für Kassenkreditzinsen ist ebenfalls um den gleichen Betrag zu niedrig angesetzt.

Mit Verwunderung nimmt die UWG den Antrag von SPD und Grünen zur Kenntnis, die nach Abschluss der Haushaltsberatungen zusätzlich erneut Aktien veräußern und die Straßenbeleuchtung verkaufen will.

Ist da den Antragstellern eventuell ein Licht aufgegangen, dass es mit den Einnahmen auch 2006 wieder nicht reicht?

Da ich Ihnen versprochen habe, eine kurze Haushaltsrede zu halten, bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Erich Spies

Fraktionsvorsitzender

Haushaltsrede für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Eschweiler

Bernd Leisten, 29. März 2006

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Ratskolleginnen und -Kollegen, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer und nicht zuletzt sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung,

heute werden die Grünen in Eschweiler zum zweiten Mal einem Haushalt zustimmen, den sie selbst mit geprägt haben. Die Verhandlungen mit der SPD waren, wie schon im letzten Jahr, durchaus intensiv, teilweise auch kontrovers, aber im Ergebnis fruchtbar.

Sicherlich ist der Handlungsspielraum gering. Das wissen alle und es lohnt sich nicht, dies immer wieder zu beklagen. Politik ist dazu da, die **vorhandenen** Spielräume zu nutzen. Und da setzen die Fraktionen in diesem Rat durchaus **unterschiedliche** Schwerpunkte. Die Koalition will Jugendliche und Kinder fördern und setzt gerade in diesem Bereich Akzente im Haushalt.

Ganz **konkret** werden einige Verwaltungsansätze im Sinne unserer Schwerpunkte erhöht.

- Wir fördern den Bestand des seit über 10 Jahren etablierten KIDS Klubs, den der Kinderschutzbund zu einer, wie ich meine, **unverzichtbaren** Institution in unserer Stadt gemacht hat. Die Grünen stehen **ohne Faust in der Tasche** zum existierenden Konzept. Neben der Kinderbetreuung werden im Kids Klub Menschen beruflich qualifiziert und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen. Es muss deshalb noch in diesem Jahr festgelegt werden, wie die geregelte Vormittagsbetreuung **unter diesen Rahmenbedingungen** langfristig gesichert wird.
- Wir sichern eine zusätzliche Honorarkraft für das städtische Jugendheim OASE, das oftmals die **einzige** Anlaufstation für Kinder und Jugendliche ist.
- Wir gewährleisten auch die Existenz der kirchlichen Jugendheime, indem wir den Ausfall von Zuschüssen des Landes und auch des Bistums auffangen. Die Stadt investiert dort, wo Land und Bistum ihrer Verantwortung **nicht** gerecht werden. Aus diesem Grund haben wir auch das **Recht** an den Konzepten der Einrichtungen beteiligt zu werden.
- Wir wollen die Bildung eines Jugendparlaments vorantreiben, das den Jugendlichen eine Beteiligung an der Kommunalpolitik bieten soll. Das wird **ohne die starren Spielregeln** der Erwachsenen, wie z.B. einer Satzung, ablaufen. Die Jugendlichen sollen sich ihren Rahmen **selbst** schaffen.

Meine Damen und Herren,

mit diesem Haushalt stimmen wir auch **grundsätzlich** einer „Anstalt öffentlichen Rechts“ für die Kindergärten und perspektivisch auch für weitere Einrichtungen der Jugendhilfe zu. Nur „grundsätzlich“ ist diese Entscheidung deshalb, weil die konkrete Satzung dieser Gesellschaft und die Überleitungsmodalitäten noch zu klären sind. Um die Haushaltssituation zu verbessern wird dem Rat ein Stück der demokratischen Mitbestimmung entzogen. Deshalb ist es für uns unverzichtbar, dass im Verwaltungsrat der AÖR **alle Fraktionen** des Stadtrats mindestens eine beratende Stimme erhalten.

Im Investitionsprogramm stehen im Unterplan „Bau-, Wohnungswesen und Verkehr“ immerhin fast 7 Mio. Euro für das Jahr 2006 zu Verfügung. Mehr Investitionen sind sicherlich immer wünschenswert. **Pauschale** Erhöhungen von Haushaltspositionen, wie sie CDU und FDP fordern, halte ich jedoch für wenig zielführend.

Wir wollen in den nächsten Jahren auch im Baubereich mit **konkreten** Maßnahmen in die Zukunft unserer Stadt investieren:

- Das EWW-Gelände am Langwahn soll entwickelt werden. Dabei sind die ursprünglichen Zusagen des Investors zur Architektur einzuhalten und **festzuschreiben**.
- Wir stehen zur Ansiedlung von Mediamarkt an der Auerbachstraße. Die weiteren Geschäfte an diesem Standort dürfen die Innenstadt jedoch nicht schädigen.
- Das Seezentrum am Blausteinsee muss dringend vorangetrieben werden. Die Seebühne dagegen halten wir nur für sinnvoll, wenn die Folgekosten in einem angemessenen Rahmen bleiben. Bislang liegt **noch kein schlüssiges** Betreiberkonzept für diese Bühne vor.
- Die Sanierung der Innenstadt muss konsequent fortgesetzt werden.

Beim Thema Ordnungsdienst sind **Konzepte** weit wichtiger als Haushaltsansätze. Was soll ein Ordnungsdienst denn genau tun? Er kann kaum für mehr Sauberkeit sorgen, wenn er keine ordnungsrechtlichen Befugnisse hat. Er kann auch selbst bei nächtlichen Patrouillen nur selten zufällig vor Ort sein, wenn Vandalismus um sich greift. Ich will den Vandalismus nicht verharmlosen – ich bezweifle nur, dass ein größer aufgestellter Ordnungsdienst, das Problem eindämmen kann. Wenn man schon mehr Kontrolle für notwendig hält, müssten mehr Verwaltungsmitarbeiter für den Außendienst zu Verfügung gestellt werden.

Doch beim Personal fordert die CDU sogar eine **pauschale** Einsparung. Es gibt schon heute Bereiche der Verwaltung, die stark überlastet sind. Für viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind Überstunden an der Tagesordnung. Eine Stadt muss in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit **Vorreiter** einer Trendwende sein. Sicherlich kann und muss man auch in einer Stadtverwaltung – wie auch in jedem Wirtschaftsbetrieb – ständig die momentane Struktur in Frage stellen und mehr Effizienz der Arbeit erreichen. Wir sind aber gegen **pauschale** Personalkürzungen. In diesem Punkt haben wir aus dem

letzten Jahr gelernt.

Meine Damen und Herren,

Die Randbedingungen für unseren Haushalt werden leider nicht besser. Die Landesregierung will bei den freien Trägern von Jugendheimen und bei den Kindergärten kürzen. Eine Stadt kann dies **dauerhaft** nicht auffangen. Für mich war die Kürzung der Gelder im Bereich der freien Jugendpflege einer der schwersten Fehler von Rot/Grün im Land. Eine Volksinitiative hat diesen Fehler bereinigt. CDU und FDP in NRW haben nun nichts anderes zu tun, als dieses Ergebnis zu ignorieren, obwohl sie die damalige Initiative **sogar unterstützt** haben. Ich hoffe, dass die **neuerliche** Volksinitiative erfolgreich sein wird.

Gerade bei den freiwilligen Ausgaben, aber auch bei notwendigen Reparaturmaßnahmen an Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden ist **Kreativität** im Umgang mit den zu Verfügung stehenden Mitteln gefragt. Paragraphenreiterei wie von der UWG betrieben mag man gut **populistisch** vermarkten können. In Wirklichkeit verhindert sie nur diese Maßnahmen. Mir ist ein wenig Risiko bei der Haushaltsgenehmigung lieber als die Kaputtilation vor Statuten und der Gang in die vorläufige Haushaltswirtschaft.

Zum Schluss beziehe ich mich auf ein Interview unseres Bürgermeisters in der taz NRW vom 11. Februar diesen Jahres. Herr Bürgermeister, Sie sagen, dass eine Stadt sich auch zu Tode sparen kann. Die Grünen **unterstützen** Sie in dieser Ansicht. Auch in Zukunft dürfen wir die notwendigen Investitionen nicht aus den Augen verlieren. Wir **müssen nicht nur** sparen, um unseren Kindern eine Finanzsituation zu hinterlassen, die Spielräume bietet. Wir **müssen** unseren Kindern auch eine lebenswerte Stadt mit einer vernünftigen Infrastruktur hinterlassen. Ich glaube, dass der vorliegende Haushalt dazu einen Beitrag leistet.

Vielen Dank !

**Haushaltsrede des Vorsitzenden der
FDP-Fraktion im Rat der Stadt Eschweiler
Konstantin Theuer**

zu den Haushaltsberatungen

2006

Mittwoch, den 29.03.2006

Es gilt das gesprochene Wort.

Freigabe: 29.03.2006, 16.00 Uhr

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nachdem der Haushalt 2005, beschlossen am 15.06.2005, im Dezember vorigen Jahres durch die Verfügung des Landrates und durch den Beitrittsbeschluss in der letzten Sitzung des Rates im Dezember 2005 auf den Weg gebracht wurde, erkennen wir den Willen, Haushalte früher einzubringen, ausdrücklich an, und sind froh, dass wir heute, praktisch 3 Monate früher, entscheiden können. Wir sind jedoch, wie in der Vergangenheit bereits mehrfach von uns gefordert, der Ansicht, dass die kommenden Haushalte spätestens zum Ende eines Jahres für das Folgejahr beschlossen werden sollten. Hierauf bitten wir die Verwaltung in der Folgezeit zu achten.

Um zu verdeutlichen, wie recht meine Ausführungen vom 26.03.2003, 24.03.2004 und 15.06.2005 waren, zitiere ich aus meinen damaligen Haushaltsreden:

„Bei aller Kritik, die folgen wird, wir bedanken uns beim Kämmerer, (der soeben für weitere 8 Jahre mit großer Mehrheit wieder gewählt wurde, und dem wir hier als seine Parteifreunde recht herzlich gratulieren), und allen an der Aufstellung des vor

uns liegenden Zahlenwerkes Beteiligten. Es ist uns bekannt, dass bei den am Haushalt tätigen Menschen oft „zwei Seelen“ in der Brust sitzen, und oft Sachzwänge das Tun beeinflussen. Trotzdem hätten wir uns gewünscht, dass wir ein optimistischeres Werk hätten heute beraten können.“ Zitat Ende. Diese Passage hat nach wie vor Gültigkeit, ich würde sie heute nicht anders niederschreiben als in den letzten drei Jahren.

Vorweg: Die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Eschweiler ist bereit, sich aktiv und kooperativ in die Beratungen „einzumischen“; wir sind gewillt und bereit, Verantwortung zu übernehmen und Entscheidungen mit zu tragen, aber den vorliegenden Haushalt können und wollen wir so nicht akzeptieren. Wir werden also das vor uns liegende Zahlenwerk ablehnen und dem Haushalt 2006 nicht zustimmen.

Dass der Haushalt strukturell nicht ausgeglichen ist, ist eine Tatsache die schon länger bekannt ist, und auf die wir schon wiederholt hingewiesen haben.

Unseren im Vorjahr vorgetragenen Vorschlag, alle Eschweiler Bürgerinnen und Bürger durch eine moderate Mehrbelastung durch eine geringfügige

Anhebung der Grundsteuer B an den Problemen der Stadt zu beteiligen, dafür aber auf eine enorme Erhöhung der Gewerbesteuersätze zu verzichten, haben Sie, meine Damen und Herren der Koalition, nicht aufgegriffen und haben Ihren Vorschlag, wie nicht anders zu erwarten, durchgesetzt. Erwarten Sie bitte nicht von uns, dass wir hier und heute, die mit Vorlage 101/06 vorgesehene Erhöhung der Realsteuerhebesätze mittragen; vor allen Dingen vor dem Hintergrund, dass der Innenminister NRW im Januar 2006 durch entsprechende Verfügung klargestellt hat, dass Kommunen mit HSK nicht mehr gezwungen sind, deutlich über Durchschnitt liegende Grund- und Gewerbesteuersätze vorzusehen. Wir wollen und werden heute nicht wieder dem „kleinen Mann“ in die Tasche greifen!

Wir wollten Solidarität der Bürgerinnen und Bürger, die von Ihnen aber 2005 nicht gewollt war, und nicht einseitige Belastung einzelner Personengruppen. Unser Konzept war und ist ausgewogener und sozialer als das, was uns 2005 und auch heute wieder vorgelegt wird. Auf die Gefahren, die von der beschlossenen Gewerbesteuererhöhung ausgehen habe ich bereits am 15.06.2005 hingewiesen. Wenn ein Betrieb sich nicht in Eschweiler ansiedelt, oder ein Betrieb nach außerhalb verlagert, oder womöglich ein Betrieb liquidieren muss, sind die Folgen für die betroffenen Arbeitnehmer sicherlich unsozialer und einschneidender als un-

sere seinerzeit vorgeschlagenen Maßnahmen. Mit den von Ihnen getroffenen Entscheidungen werden die Arbeitsplätze in Eschweiler nicht sicherer. Damit wird die ohnehin schon hohe Arbeitslosenquote nur noch höher.

Alle unsere Veränderungsvorschläge, die dem Wohle der Allgemeinheit dienen sollten, wurden wiederum – lassen Sie es mich deutlich sagen – „abgebügelt“. Sie, meine Damen und Herren der Koalition, wünschen keine Vorschläge der Opposition, auch wenn sie noch so gut, sozialverträglich und gerecht sind. Unsere oben zitierte Kooperation scheint also nicht gewünscht zu sein, dies wird uns jedoch nicht davon abhalten unsere Ideen unüberhörbar und nachhaltig zu vertreten.

Zur Personalentwicklung hatten wir im Frühjahr 2003 bereits einen entsprechenden Anlauf genommen und unsere Ideen vorgetragen. Wir sind hier offenbar nicht ernst genommen oder falsch verstanden worden. Wir forderten seinerzeit eine jährliche Kosteneinsparung von 1 %, jetzt müssen wir eine Personalkosteneinsparung von 2 % fordern, was einem Betrag von rund € 483.400 entspricht. Dies ergibt über einen Zeitraum von 5 Jahren einen Betrag von rd. 2,4 Mio €, der das strukturelle Haushaltsdefizit **nachhaltig** positiv beeinflussen könnte. Wir fordern ein Personalent-

wicklungskonzept, was den Namen auch verdient, keine Rückschau auf das, was war, sondern eine Planung auf das, was erforderlich ist und umgesetzt werden muss. Hierzu gehört auch eine Aufgabenkritik. Die Zahlen der vor uns liegenden 1. Fortschreibung des HSK auf Seiten 46/47 sind hier doch „Augenwischerei“. Die Kosten gehen doch nur wegen der Gründung der AÖR zurück; sie werden also „verschoben“. Das ist keine Einsparung! Wir haben einen Personalkostenabbau gefordert, der sozialverträglich durch normale Fluktuation und altersbedingtes Ausscheiden von Personal umgesetzt werden soll. Zeitlich begrenzte Wiederbesetzungssperren, verbunden mit einer geringfügigen Mehrarbeit, kann die von uns geforderte Einsparung von 2 % sogar noch übertreffen. Wir wollen keinen Mitarbeiter der Verwaltung in die Arbeitslosigkeit „entlassen“. Wir haben versucht Wege aufzuzeigen, die letztendlich zur Entlastung des Haushaltes führen können, und unserer Ansicht nach auch müssen, und das, wie schon gesagt, vor mehr als 3 Jahren. Was uns hier weiter hilft, sind Taten, keine Lippenbekenntnisse. Beschreiten wir den steinigen Weg der Umsetzung gemeinsam, verringern wir die Hierarchieebenen, übertragen Kompetenzen auf andere Ebenen. Dies führt zu Motivation und ergebnisorientierter erfolgreicher Arbeit. Personelle Fachkompetenz ist nach unserem Wissensstand vorhanden. Nur durch solche, manchmal auch unpopulären Maßnahmen, kann

der seit langem angemahnte strukturelle Ausgleich gelingen.

Ziel muss sein, das Volumen des Verwaltungshaushaltes um 5 % abzusenken; hier sollte der Betrag von 110 Mio € die absolute Obergrenze sein. Ähnliche Überlegungen muss auch jeder Privatmann machen, dessen privates Budget keine höheren Ausgaben ermöglichen, und die er in Einklang zu seinen Einnahmen stellen muss.

Die städtischen Ausgaben müssen sich an den Einnahmen orientieren, nicht die Einnahmen sind zu gering, die Ausgaben sind zu hoch!

Neben den Personalkosten müssen weitere Einsparungen im Bereich der Sachkosten und beim Schuldenabbau erfolgen. Es müssen weiterhin rd. 3, 4 Mio € an Kosten eingespart werden, um das von uns oben zitierte Limit von 110 Mio € zu erreichen. Durch echten Schuldenabbau gehen auch die Zinsausgaben zurück. Wir verweisen hierzu auch auf die Ausführungen auf Seite 21 der 1. Fortschreibung des HSK.

Die Kassenkredite sind zu halbieren, und das jeweils jährlich. Denn sonst sind sie den Schulden von rd. 98 Mio € hinzuzurechnen.

In dem vor uns liegenden Zahlenwerk liegt nur eine Verlagerung in die AÖR vor, das ist kein Schuldenabbau.

Bei den optimistischen Zahlen, was den Zinssatz von 2,5 % anbetrifft, können, wenn die Planung überhaupt greift, jährlich nur rd. 125.000 € eingespart werden.

Hier muss, wie oben bereits gesagt, umgedacht und gehandelt werden, ansonsten bricht alles hier in Eschweiler zusammen.

Für die Zukunft müssen die Tilgungen doppelt so hoch sein wie die Kreditaufnahmen, und nicht nur verlagert werden. Stichwort: AÖR!

Unsere Vorschläge in Bezug auf die maroden Gemeindestraßen, die wir seit Jahren unterbreiten, werden nicht akzeptiert. Die Mehrheit nimmt die davon ausgehenden Gefahren, verbunden mit Schädigung von Personen und Material, bewusst

in Kauf. Fangen wir an, Straßen, die lediglich im Oberbau geschädigt sind, zu sanieren. Hier sind die Kosten noch erträglich und es können ggf. auch KAG-Beiträge eingefordert werden, wofür die Anlieger oftmals auch Verständnis aufbringen werden.

Bedauerlich finden wir, dass vor dem Hintergrund der Pisa-Studie die von uns geforderte Anhebung der Mittel für alle Eschweiler Schulen im Bereich der Lehr- und Lernmittel, sonstiger Schulbedarf erneut nicht auf Zustimmung gestoßen ist. Wir denken hier vordergründig an die Kinder und Schüler, und erst in zweiter Linie an die Lehrerschaft.

Unsere Einschätzung aus 2005, dass sich die Spiel- und Lernstube in gewisser Konkurrenz mit der offenen Ganztagschule „Eduard Mörike“ befindet, hat sich bewahrheitet. Das will die Mehrheit aber offenbar auch so. Welches Unternehmen kannibalisiert ein gerade gestartetes Projekt durch ein zweites? In Eschweiler scheint dies allerdings üblich zu sein. Würde man die Grundsätze von Angebot und Nachfrage beachten, wäre die „Eduard-Mörike-Schule“ ausreichend belegt. Wir können nur sagen: Schade!

Zum Auenkonzept nur ein Satz: Wir stellen fest, dass die Maßnahme mit einem Aufwand von etwa

20 bis 25.000 € zu realisieren ist, wohingegen uns 2005 ein Betrag von 430.000 € „angedient“ wurde, der heute noch gelten würde, wenn wir nicht „den Finger in die Wunde gelegt“ hätten.

Inkonsequent halten wir die Forderung nach einem Jugendparlament, und diesem dann jedoch einen so kleinen Handlungsspielraum einzuräumen. Wenn ein Jugendparlament installiert wird, muss es im Rahmen einer festgelegten Satzung Handlungsspielraum für jugendrelevante Projekte erhalten. Unser Vorschlag ging dahin, die Jugendlichen einzubinden und die aufgewandten Mittel an anderer Stelle des Jugendhilfeeinsatzes einzusparen. Politische Betätigung unserer Kinder und Jugendlichen einfordern und anschließend sagen, „schauen wir mal, ob etwas Sinnvolles herauskommt“, heißt, dem Projekt von vornherein keine Chance zu geben!

Lassen Sie mich hier noch die Problematik „Seetribüne – Seebühne – Se(e)hfenster“ ansprechen. Hier sollte mit aller Macht versucht werden die öffentlichen Mittel von dieser Stelle auf das Gebiet um das „Seezentrum - Hafen“ umzuwidmen. Dort unten am Blausteinsee muss der „Startschuss“ fallen. Dann folgen auch die dringend benötigten Investoren und die Blausteinsee GmbH kommt aus den „Startlöchern“.

Wir haben die einmalige Chance im Rahmen der Euregionalen 2008 Finanzmittel gewährt zu bekommen, lassen sie uns diese nicht „im See versenken“, sondern als Einstieg zu einer prosperierenden, kommerziellen Entwicklung unserer „Perle“ Blausteinsee nutzen. Alle Anstrengungen zur Umwidmung von Seebühne zum Seezentrum müssen tatkräftig genutzt werden.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

überbringen Sie unseren Dank allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung. Wir schätzen den offenen Umgang und erhoffen uns eine weitere vertrauensvolle Zusammenarbeit. Bei den Kolleginnen und Kollegen aller Ratsfraktionen, die uns bei der Arbeit zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger unserer Heimatstadt Eschweiler unterstützt haben, bedanken wir uns ebenso, wenn auch manchmal die Wege zum Ziel sehr unterschiedlich gesehen und angegangen wurden.

Ein besonderes Dankeschön gilt der örtlichen Presse, die uns in den letzten Jahren, immer fair und positiv eingestellt, begleitet hat.

Ich zitiere, wie nunmehr schon traditionell: „Ziehen wir wenn möglich am gleichen Strang, hoffentlich auch am gleichen Ende“.

Für Ihre Aufmerksamkeit darf ich mich recht herzlich bedanken.

Eschweiler, den 29.03.2006